



Stetigfortgesetztes Abonnement in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 226. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. Mai 1875.

Deutschland.

Berlin, 18. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Präsidenten Rothe zu Merseburg den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Ober-Präsidenten Thilo zu Schwanebeck im Kreise Hildesheim den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Oberförster Grakhoff zu Burgstall im Kreise Wolmirtheim den königl. Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem königlich bairischen General der Infanterie Freiherrn v. Brandt den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit dem Emaillirten Bande des königl. Kronen-Ordens verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs den königlich preussischen Regierungsrath Julius Joseph Ernst zum kaiserlichen Regierungsrath und Schulrath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.

Den Herren J. M. Theegarten, H. Culenberg und W. Mücke zu Mülheim bei Köln ist unter dem 14. Mai d. J. ein Patent auf eine Anspann-Vorrichtung an Eisenbahnwagen-Ruppelungen auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Herrn J. B. Fonda-Staadt zu Brüssel ist unter dem 13. Mai d. J. ein Patent auf ein Schloß für Coupee-Thüren an Eisenbahnwagen auf drei Jahre erteilt worden.

Der Seminar-Musiklehrer Groß zu Franzburg ist in gleicher Eigenschaft an das evangelische Schullehrer-Seminar zu Dramburg versetzt und an letzterem Seminar der Lehrer Hinz aus Bölsch provisorisch angestellt worden. — Der commissarische Vorsitzende der königlichen Eisenbahn-Commission zu Eisen, Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Jakob Janßen, ist zum Mitgliede der königlichen Eisenbahn-Direction in Oberfeld ernannt worden.

Der bei der königlichen Direction der Oberschlesischen Eisenbahn beschäftigte bisherige Marine-Intendantur-Assessor Louis Hoyer ist zum Regierungsrath ernannt worden. Der königliche Wasserbau-Inspector Johann Heinrich Schäfer zu Schrimm, Regierungsbezirk Königsberg, ist in gleicher Eigenschaft nach Zebdenitz versetzt und ihm die neu creirte Wasserbau-Inspectorstelle daselbst verliehen worden. Der bisherige königliche Kreis-Bau-Inspector Kapitzke zu Magmit ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und ihm die Bau-Inspectorstelle zu Küstz verliehen worden. Der vormals turkische Bau-Geselle Hugo Kehm zu Cassel ist, unter Befreiung in seinem bisherigen Dienstverhältnis als technischer Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung daselbst, zum königlichen Landbaumeister ernannt worden.

Berlin, 18. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] begaben sich am ersten Pfingstfesttage, Vormittags 10 Uhr, nach der Garnisonkirche zum Gottesdienst, gewährt nach demselben dem Geheimen Ober-Hof-Baurath Strack Ludvig und fuhrten um 12 Uhr nach Schloß Wabelberg. Später dinirten Se. Majestät in der Hofkammer bei Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Carl und kehrten um 6 Uhr nach Berlin zurück.

Gestern wohnten Se. Majestät dem Gottesdienst im Dom bei und empfingen später den General v. Poddelsky, den General von Loew und den Major und Flügeladjutanten von Imbequith, commandirt zu Sr. Majestät dem König von Sachsen, sowie den Staatssecretär von Bülow. Um 2 1/2 Uhr begaben Se. Majestät sich zum Rennen nach Hoppegarten, kehrten gegen 7 Uhr nach Berlin zurück und besuchten am Abend das Schauspielhaus.

Seine Majestät die Kaiserin besuchte die Vorträge des Militär und des Civil-Cabinetts, sowie des Polizei-Präsidenten von Berlin und nahmen militärische Meldungen entgegen. Abends 9 Uhr 31 Minuten werden Allerhöchstdieselben Se. Majestät den König von Sachsen am Anhalter Bahnhofe empfangen.

Ihre Majestät die Kaiserin besuchte auf der Reise nach Baden-Baden am Sonnabend Vormittag die großherzoglich badische Familie in dem Sommerloche Schwetzingen bei Mannheim.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] werden morgen in Begleitung Sr. Majestät des Königs von Sachsen, Allerhöchstdieser heute Abend um 9 1/2 Uhr hier eintrifft, die erste Garde-Infanterie-Brigade auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam besichtigen. Nach der Rückkehr der Allerhöchsten Herrschaften wird im königlichen Palais um 5 Uhr ein Diner von 70 Bedeckten stattfinden. Am Donnerstag erfolgt die Besichtigung der zweiten Garde-Infanterie-Brigade auf dem Tempelhofer Felde.

[Militär-Wochenblatt.] v. Bernhadi, General-Lieut. von der Armee, zum Commandeur der 2. Division ernannt. v. Hartmann, General der Cavall. und Gouverneur von Strassburg, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt. v. Tressow, General-Lieut. und Commandeur der 2. Division, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, als General der Inf. mit Pen. zur Disposition, unter Befreiung a la suite des 7. Abthng. Inf.-Regt. Nr. 96, gestellt. Demmer, Fortif.-Bureau-Assistent zu Götting, zum Fortif.-Secretair befördert. Stephan, Wallmeister zu Glas, zum Fortif.-Bureau-Assistenten in Reise ernannt.

Berlin, 18. Mai. [Die französische Presse. — Schulangelegenheit. — Eheschließungen.] Das neueste Heft der „Revue des deux mondes“ bringt in ihrer politischen Uebersicht Betrachtungen über die gegenwärtige politische Situation, die durchaus verständlich und für die Franzosen beherzigenswerth sind. Es wird konstatiert, daß bei keiner der großen Mächte und auch bei Deutschland nicht die Neigung zum Kriege vorhanden sei. Ganz besonders aber ist der Artikel deshalb beachtenswerth, weil er anerkennt, daß in Frankreich, namentlich von Seiten der Presse, nicht die Vorsicht geübt werde, welche den Anforderungen der gegenwärtigen Lage Frankreichs entspreche. Es sei daher Pflicht aller Parteien des Landes, eine besonnene Sprache zu führen und nicht durch Provocationen irgend welcher Art, namentlich auch nicht durch Unterstützung der ultramontanen Agitationen die Mißstimmung Deutschlands rege zu erhalten. — Nach einer Verfügung des Cultusministers vom 18. März 1871 sollen Erlasse oder Bekanntmachungen der katholischen kirchlichen Oberbehörden den Schülern der höheren Unterrichtsanstalten in den Schulklassen ohne vorgängige Genehmigung des Anstaltsvorsichters nicht mitgeteilt werden. Das eben erschienene Heft des Centralblattes für die Unterrichts-Verwaltung theilt eine neuere Verfügung des Cultusministers vom 9. März d. J. mit, durch welche jene Vorschrift auch auf die Mittheilung solcher Erlasse in den mit Unterrichts-Anstalten verbundenen Kirchen ausgedehnt wird. Die Provinzial-Schul-Collegien sollen für diesen Zweck die entsprechenden Religionslehrer mit Anweisung versehen und Uebertretungen zur disciplinarischen Abhandlung ziehen. Wenn der Inhalt der fraglichen Erlasse etwa den Ungehorsam gegen die Staatsgesetze vertheidigt, so soll sofort mit den schärfsten disciplinarischen Maßregeln vorgegangen werden. — In dem Reichsgesetz vom 6. Februar d. J. über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließungen, dessen von den Erfordernissen der Eheschließung handelnder Abschnitt in Preußen mit dem 1. März d. J. eingeführt worden ist, sind diejenigen Vorschriften aufrecht erhalten worden, welche die Ehe der Militärpersonen der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen. Dagegen werden also Vorschriften aufgehoben, welche das Recht zur Eheschließung weiter beschränkten, als es durch das Reichsgesetz selbst

geschieht. Von den im Reichsdienste stehenden Personen bedürfen mithin nur die Militärpersonen zur Verheirathung einer dienstlichen Genehmigung, während die Bestimmungen, welche die preussischen Staatsbeamten zur Verbringung von Heiraths-Consensen verpflichtete auf Reichsbeamte keine Anwendung finden. Durch eine Verfügung des Ministers des Innern sind nun die Standesbeamten auf die vorbezeichneten Bestimmungen des Reichsgesetzes aufmerksam gemacht worden.

= Berlin, 18. Mai. [Der Entwurf des Bankstatuts.] welches die Bundesrathsausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen dem Bundesrath zur Annahme unterbreiten, umfaßt 34 Paragraphen und lehnt sich im Wesentlichen an das preussische Bankstatut an. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: § 1. Die Reichsbank tritt am 1. Januar 1876 in Wirksamkeit. Mit demselben Tage gehen alle Rechte und Verpflichtungen der Preussischen Bank, welche mit Ablauf des 31. December 1875 ihre Wirksamkeit einstellt, nach Maßgabe des zwischen dem Reiche und Preußen unterm abgeschlossenen Vertrages, auf die Reichsbank über. — § 2. Das Grundcapital der Reichsbank von 120 Millionen Mark wird durch das Einschusscapital derjenigen Antheilseigner der Preussischen Bank, welche innerhalb der vom Reichskanzler bestimmten Frist den Umtausch ihrer Antheilscheine gegen Reichsbanknoten verlangt haben und durch die auf die neuen Bankantheilscheine bis zu deren Nominalbetrag geleisteten baaren Einzahlungen gebildet. Bevor eine Erhöhung des Grundcapitals durch Reichsgesetz festgestellt wird, hat, nachdem der Centralausschuß gehört worden, die Generalversammlung über das Bedürfnis und das Maß der Erhöhung, sowie über die folgeweise etwa erforderliche anderweite Regelung des Theilnahme-Verhältnisses am Gewinne der Reichsbank Beschluß zu fassen. — § 3. Die Reichsbankantheile sind untheilbar und vorbehaltlich der Bestimmungen in § 41 des Bankgesetzes unförmbar. Sie werden mit Angabe der Eigentümer nach Namen, Stand und Wohnort in die Stammbücher der Reichsbank eingetragen. Ueber jeden Antheil wird ein Antheilschein nach Schema ausgestellt. Mit dem Antheilscheine erhält der Eigentümer zugleich die Dividendenscheine für die nächsten fünf Jahre und einen Talon zur Abhebung neuer Dividendenscheine nach Ablauf des fünfjährigen Zeitraums. Die Dividendenscheine und Talons lauten auf den Inhaber. — § 4. Wenn das Eigenthum eines Bankantheils auf einen Anderen übergeht, so ist dies unter Vorlegung des Antheilscheines bei der Reichsbank anzumelden und in den Stammbüchern, sowie auf dem Antheilscheine zu bemerken. Im Verhältnisse zu der Reichsbank wird nur derjenige als Antheilseigner angesehen, der als solcher in den Stammbüchern eingetragen ist. Zur Prüfung der Legitimation ist die Reichsbank berechtigt, aber nicht verpflichtet. — § 5 betrifft die Uebertragung der Bankantheile durch Indossament. Die §§ 6 bis 9 handeln von dem Verfahren bei Verpfändung der Bankantheile, von der Moratorium verlorener oder vernichteter Reichsbank-Antheilscheine, Dividendenscheine und Talons. Nach § 10 ist der Werth der von der preussischen Bank übernommenen Grundstücke in die für 1. Januar 1876 aufzustellende Bilanz mit dem Betrage zuzüglich der vom 1. April bis 31. Dec. 1875 auf die Grundstücke noch zu verwendenden Kosten aufzunehmen. §§ 11 bis 13 behandeln die Jahres-Bilanz und die Dividendenzahlung, §§ 14—19 die Generalversammlung, § 20 die Wahl zum Centralausschuß, sowie die §§ 21—23 die Organisation des letzteren. Nach § 24 nehmen an den Beratungen desselben die Mitglieder des Bankdirectoriums ohne Stimmrecht Theil. Die §§ 25—27 betreffen die Bezirksauschüsse. § 28 behandelt die Bekanntmachungen für die Antheilseigner. § 29 ordnet für den Fall der Aufhebung der Reichsbank die Liquidation unter Leitung des Reichskanzlers durch das Reichsbankdirectorium, welches die laufenden Geschäfte zu beendigen, die Verpflichtungen der Reichsbank zu erfüllen, die Forderungen einzuziehen und das Vermögen zu veräußern hat. § 30 überträgt dem Reichsbankdirectorium die schließliche Auseinandersetzung zwischen Reich und Antheilseigner. Nach § 31 ist bei dem Effectenankauf für fremde Rechnung die vorhergehende Hinterlegung oder lombardmäßige Sicherstellung der erforderlichen Gelder Bedingung. Ebenso muß bei Verkaufsanträgen der Eingang der Effecten abgewartet werden. Bei Aufträgen für Rechnung einer öffentlichen Behörde kann die Erklärung, daß die Gelder oder Effecten zur Verfügung der Bank stehen, für genügend erachtet werden. § 32 ordnet die von der Reichsbank zu führenden Geschäfte des Reiches. Die letzten Paragraphen lauten: § 33. Die erste ordentliche Generalversammlung der Reichsbank-Antheilseigner findet im März 1877 statt. Bis dahin werden die Functionen derselben durch eine Generalversammlung wahrgenommen, welche aus nachstehenden Personen gebildet wird: 1) aus denjenigen Eigenthümern von Antheilen der Preussischen Bank, welche innerhalb der von dem Reichskanzler bestimmten Frist den Umtausch ihrer Antheilscheine gegen solche der Reichs-Bank verlangt haben, oder deren Rechtsnachfolger, 2. aus denjenigen Personen, welchen nach erfolgter Zeichnung ein Reichsbankantheil zugetheilt worden ist, oder deren Rechtsnachfolger. Dieselbe wird noch vor dem 1. Januar 1876 beauftragt die Wahlen zum Centralausschuß aus den zu 1 und 2 bezeichneten Personen berufen, kann aber bis zum Zusammentritt der ersten ordentlichen Generalversammlung jederzeit berufen werden. Der Centralausschuß tritt noch vor dem 1. Januar 1876 zusammen und wählt aus seinen Mitgliedern die Deputirten und deren Stellvertreter. Die Auswahl der Mitglieder der Bezirksauschüsse und der Beigeordneten erfolgt gleichfalls noch vor dem 1. Januar 1876 aus den zu 1 und 2 bezeichneten Personen. — § 34. Hinsichtlich der im § 33 geordneten einstweiligen Vertretung der Reichsbankantheilseigner, kommen die Bestimmungen des Bankgesetzes und dieses Statuts, welches von der Generalversammlung, dem Centralausschuße und den Deputirten desselben, den Bezirksauschüssen und den Beigeordneten handelt, überall zu entsprechender Anwendung.

[Das Antwortschreiben des preussischen Episcopates] auf das Rescript des Staatsministeriums vom 9. April 1875 lautet, wie folgt:

Dem königlichen Staatsministerium erlauben wir uns auf das an den Erzbischof von Köln unter dem 9. d. gerichtete und gleichzeitig durch den „Staatsanzeiger“ veröffentlichte hohe Rescript, wodurch Hochdasselbe in Folge Allerhöchster Aufträge Sr. Majestät des Kaisers und Königs unsere Immediatengabe d. d. Fulda, den 2. d., beantwortet hat, das Nachstehende ganz ergeben zu erwidern:

Wenn im Eingange des hohen Rescripts Erstaunen und Bedauern darüber ausgedrückt wird, „daß Geistliche in der hohen Stellung der Bischöfe

sich zum Organ einer Behauptung machen konnten, als ob es in Preußen eine Verleugnung des christlichen Glaubens sei, die Befolgung solcher Geheße zu verpflichten, welche in andern deutschen und fremden Staaten seit Jahrhunderten und noch heute von der katholischen Geistlichkeit und ihren Kirchenobern bereitwillig befolgt werden, und deren Befolgung dort mit heiligem Eide bedingungslos gelobt wird,“ so gestatten wir uns darauf zu bemerken, daß die angeführte Behauptung in unserer Immediatengabe nicht enthalten ist. Es ist darin der Satz ausgesprochen, daß die staatliche Befolgung von den Bischöfen-Vorständen und Geistlichen geordnete Erklärung unbedingter Befolgung der staatlichen Geheße in solcher Unbedingtheit mit dem Gewissen eines Christen unvereinbar sei. Die Wahrheit dieses Satzes haben wir durch Hinweisung auf das Verhalten der Apostel und der christlichen Blutzeugen ins Licht gestellt und müssen denselben unter allen Umständen aufrecht halten, weil eine solche Erklärung wirklich nicht vereinbar ist mit den unanfechtbaren Principien des Christenthums, welches zwar immer und überall den Christen Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit gepredigt, niemals aber einen blinden und unbedingten Gehorsam gegen alle Staatsgesetze ohne Ausnahme geboten, sondern vielmehr für den Fall einer Collision derselben mit dem göttlichen Geheße den die Freiheit des Gewissens schützenden Apollischen Grundsatze hochgehalten und vertheidigt hat, daß man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen.

Dieser Grundsatze kommt auch den kirchenpolitischen sogenannten Maigesetzen gegenüber zur Geltung, und müssen wir deshalb die Erklärung unbedingter Befolgung derselben verweigern, weil, wie bereits in den schon früher einem hohen Staatsministerium von uns unterbreiteten Denkschriften und Vorlagen wiederholt nachgewiesen ist, jene Gesetze eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, welche mit dem Wesen und der Verfassung der von Christus gestifteten Kirche in Widerspruch stehen, dieselbe der von Gott gewollten Selbstständigkeit berauben und sie in eine bloße Staats-Anstalt umwandeln.

Daß in irgend einem andern deutschen oder fremden Lande eine solche Kette von Geheßen, welche systematisch die kirchliche Selbstständigkeit vernichten, von katholischen Geistlichen und Kirchenobern bereitwillig angenommen und sogar eidlich beschworen worden, ist eine uns unbekannt Thatsache, die zwar schon oft behauptet, bis jetzt aber niemals nachgewiesen ist und auch niemals wird nachgewiesen werden können. Daß aber in den fraglichen kirchenpolitischen Geheßen verschiedene Bestimmungen enthalten sind, über welche eine Verständigung zwischen Staat und Kirche eintreten könnte und auch schon zu verschiedenen Malen in deutschen und fremden Staaten wirklich eingetreten ist, haben wir niemals in Abrede gestellt, vielmehr bereits ausdrücklich hervorgehoben. Wir würden es mit Freuden begrüßt haben, wenn zu einer derartigen Verständigung die Hand geboten worden wäre, und noch jetzt würden wir solches freudig begrüßen. So lange aber in den fraglichen Geheßen Bestimmungen aufrecht gehalten werden, welche das Wesen der Kirche verletzen und die von Gott gewollte Selbstständigkeit aufheben, ist selbst bei der äußersten Nachgiebigkeit von Seiten der kirchlichen Vertreter eine Verständigung und eine Wiederherstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche nicht möglich.

Wenn ferner in dem Rescript gesagt wird, „auffällig und unwahr sei die Behauptung, daß die fraglichen Geheße die Verfündigung der göttlichen Wahrheiten unterlagten“, so bedauern wir abermals, erwidern zu müssen, daß auch diese Behauptung in unserer Immediatengabe nicht zu finden ist. In der betreffenden Stelle haben wir gesagt, daß die Apostel und Blutzeugen lieber den Tod erdulden, als denjenigen Staatsgesetzen und obrigkeitlichen Anordnungen sich fügen wollten, welche ihnen die Verfündigung der göttlichen Wahrheit unterlagten. Wie Jemand diese Bemerkung, deren Wahrheit unbestreitbar ist, auffällig oder unwahr nennen kann, ist uns unerfindlich. Uebrigens kann auch nicht geleugnet werden, daß in den modernen kirchenpolitischen Geheßen manche Bestimmungen sich vorfinden, durch welche die Verfündigung der göttlichen Wahrheit unter gewissen Umständen wenigstens indirect unterlagt wird. Es hat ja das königliche Obertribunal in seinem durch den „Reichs- und Staats-Anzeiger“ in Nr. 95 veröffentlichten Erkenntniß vom 6. April l. J. die Prebigkeit in einer Kirche als eine geistliche Amtshandlung im Sinne der Maigesetze erklärt, welche mit Geldbuße, Gefängnis, Internirung und Landesverweisung zu bestrafen sei, wenn der betreffende Priester keine staatliche Auctorisation aufweisen könne.

Da nun diese staatliche Auctorisation von Bedingungen abhängig gemacht ist, welche die Selbstständigkeit der Kirche schwer verletzen und darum ohne eine Verleugnung des Gewissens nicht erfüllt werden können, so ist offenbar, daß jene Geheße Bestimmungen enthalten, welche in gewissen Fällen einem Verbote, das Evangelium der kirchlichen Ordnung gemäß zu verkünden, gleichkommen. Das Nämliche gilt von der Spendung der h. Sacramente.

Sehr befremdet hat uns sodann die Stelle des hohen Rescripts, worin den Bischöfen die wiederum als unwahr bezeichnete Behauptung zugeschrieben wird, „daß den Geistlichen anderer Confessionen Gehaltsverbesserungen bewilligt wären, welche nicht gleichzeitig den katholischen Geistlichen zu Statten kämen.“ Wir haben dies nicht behauptet, vielmehr haben wir gesagt, daß die Einstellungen der staatlichen Leistungen an katholische Bischöfe und Geistliche gerade im gegenwärtigen Augenblicke besonders dazu dienen müsse, hitzige Gefühle in den Herzen der Katholiken anzuregen, als eben für die Geistlichen anderer christlicher Confessionen von Seiten des Staats mit wohlwollender Freigebigkeit Gehaltsverbesserungen bewilligt werden. Dadurch haben wir nur auf das allerdings bittere Moment hingewiesen, daß während den evangelischen Geistlichen die aus Wohlwollen bewilligten Staatszuschüsse zugewendet werden, der katholische Clerus nicht nur der ihm bewilligten Zuschüsse, sondern auch der ihm von Rechts wegen gebührenden Leistungen verlustig erklärt ist, indem die Fortgewährung derselben von einer Bedingung abhängig gemacht wird, deren Erfüllung mit seiner Gewissenspflicht unvereinbar ist.

Unbegreiflich erscheint ferner der im allegirten Rescripte den Bischöfen darüber gemachte Vorwurf, daß sie Se. Majestät den Kaiser und König geneigt haben, einer Geheßvorlage die Allerhöchste Genehmigung nicht erteilen zu wollen, obgleich es ihnen nicht unbekannt gewesen, daß dieselbe nur mit Allerhöchster Genehmigung an den Landtag habe gelangen können. Letzteres ist uns allerdings nicht unbekannt gewesen, aber wir wußten auch, daß die Allerhöchste Genehmigung zur Einbringung einer Geheßvorlage beim Landtag nichts weniger als identisch ist mit der Allerhöchsten definitiven Sanction eines vom Landtag genehmigten Gesetzes, und nicht minder wußten wir, daß es in Preußen Jedermann, geschweige denn den kirchlichen Vertretern von acht Millionen Staatsangehörigen, freisteht, am Throne den landesherrlichen Schutze ihrer Rechte mit Ehrfurcht und Freimuth zu erbitten. Etwas Anderes haben wir nicht gethan. Wir überlassen es getroßt dem Urtheil jedes Unbefangenen, ob in unserer Immediatengabe an Se. Majestät den Kaiser und König irgend eine Aeußerung zu finden ist, welcher der Vorwurf „verlethender Worte“ mit Recht gemacht werden könnte. Im dem Bewußtsein, dazu auch nicht den leisesten Anlaß gegeben zu haben, weisen wir jenen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück.

In dem hohen Rescript wird ferner den Bischöfen vorgehalten: „Sie selbst würden nicht glauben, daß die betreffenden Dotationen, um deren Zurückhaltung es sich handelt, vom Staate bewilligt worden wären, wenn bei der Bewilligung den Bischöfen und Geistlichen das Recht hätte vorbehalten werden sollen, je nach päpstlichem Befinden den Gesetzen des Staates gehorsam zu sein oder nicht.“ Hierauf erwidern wir:

Niemals haben wir den Gehorsam gegen die Staatsgesetze von „päpstlichem Befinden“ abhängig gemacht. Was insbesondere die in Rede stehenden kirchenpolitischen Geheße betrifft, so haben wir lange bevor vom päpstlichen Stuhle irgend eine Aeußerung über jene Geheße zu unserer Kenntniß gekommen war, in vollem Einverständniß mit allen gläubigen Katholiken in Preußen und der ganzen Welt gegen dieselben unsere Stimme erhoben einzig aus dem Grunde, weil wir eine Anzahl der darin enthaltenen Bestimmungen als unvereinbar mit dem Wesen der katholischen Kirche und mit unserm Gewissen erkannten. Im Uebrigen haben wir in unserer Eingabe darauf hingewiesen, daß der Staat durch die fraglichen Dotationen nicht eine Gnade oder Freigebigkeit gegen die katholische Kirche geübt, sondern eine strenge Rechtsverbindlichkeit erfüllt habe, welche er nach dem allegirten Ausdruck

eines preussischen Staatsministers „unter Verpändung der Ehre Preussens“ überkommen hatte.

Wenn endlich am Schlusse des hohen Rescripts an diejenige Bischöfe, welche im Jahre 1870 vor der Verkündigung der Vaticanischen Beschlüsse in richtiger Würdigung der obwaltenden Verhältnisse darauf hingewiesen haben, daß diese Beschlüsse von gewisser Seite in feindseliger Weise gegen die Kirche ausgebeutet werden könnten, die Frage gerichtet wird, „ob sie nicht vielleicht durch treue und feste Vertretung ihrer Ueberzeugung das Vaterland vor den jetzt eingetretenen Wirren und Friedensstörungen zu bewahren vermöchten hätten“, so erwidern wir darauf, daß nach der Entscheidung des östlichen Concils für uns Bischöfe, wie für jeden kath. Christen die von dem Concil ausgesprochene Wahrheit mit absoluter Glaubensgewißheit feststand. Wenn uns daher jetzt zugemuthet wird, wir hätten uns dieser Entscheidung nicht unterwerfen sollen, so ist das nichts Anderes, als uns Abfall vom katholischen Glauben zu-muthen. Uebrigens können wir nicht unbemerkt lassen, daß das Verhalten und Wirken der betreffenden Bischöfe auf dem betreffenden Concil ein ganz anderes war, als in dem Schreiben eines königlichen Staatsministeriums vorausgesetzt wird, daß es ferner keinem der preussischen Bischöfe eingefallen ist, solche Zustände, wie sie jetzt eingetreten sind, als Folgen der Vaticanischen Beschlüsse vorzubringen, daß endlich durch die Vaticanischen Beschlüsse im Verhältnis der Kirche zum Staat nicht das Geringste geändert und eben deshalb auch zu der fraglichen Gesetzbildung, welche in unserer Immediat-Eingabe als eine Quelle unfähiger Trauer und friedstörender Verwirrung bezeichnet wurde, nicht im Mindesten eine begründete Veranlassung geboten worden ist. Für Letzteres spricht schon der Umstand, daß in anderen Ländern — einige radicale Cantone der Schweiz und das Großherzogthum Baden ausgenommen — ähnliche Wirren und Friedensstörungen, wie in Preussen, nach dem Vaticanischen Concil nicht vorgekommen sind. Ueberhaupt wird Niemand, der unsere Verhältnisse klar durchschaut, in den Vaticanischen Beschlüssen die Veranlassung zu den neuen kirchenpolitischen Gesetzen finden. Selbst Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler und Minister-Präsident Fürst Bismarck kann sie darin nicht gefunden haben, denn sonst hätte Hochdieselbe am 30. Januar 1872 im Abgeordnetenhaus mit Beziehung auf die Beschlüsse des Vaticanischen Concils nicht erklären können, jedes Dogma, welches von Millionen Staatsbürgern geglaubt werde, müsse für jeden Mitbürger und für die Regierung heilig sein.

Schließlich bemerken wir, daß dieselben Bischöfe, welche im Jahre 1870 auf die Gefahr feindseliger Ausbeutung der Vaticanischen Beschlüsse aufmerksam gemacht haben, drei Jahre später mit derselben Gewissenhaftigkeit und Freimüthigkeit auch die damaligen traurigen Zustände im preussischen Vaterlande als notwendige Folge der kirchenpolitischen Gesetze d. J. 1873 vorausgesetzt und mit allen preussischen Bischöfen die dringende Bitte ausgesprochen haben, von demselben Abstand zu nehmen und es bei dem bestehenden durch Verfassung und Gesetz wohlgeordneten Verhältnisse zu belassen, welches bis dahin in Preussen die Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Confessionen und eines gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staats- und Kirchenbehörden gebildet hatte. Hätten diese Bitten und Vorstellungen Berücksichtigung gefunden — das Vaterland würde jetzt nicht unter dem hohen Staatsministerium mit uns beklagten traurigen Zuständen zu leiden haben, deren baldige Abwendung wir täglich mit heißen Gebeten von Gott erleben, fest überzeugt, daß der h. Stuhl allen billigen Ansprüchen der königlichen Staatsregierung zu entsprechen, niemals abgeneigt sein würde.

Wir beharren mit Ehrerbietung eines hohen Staatsministeriums ganz ergebenste

Ende April 1875.

- Paulus, Erzbischof von Köln.
- Heinrich, Fürbischof von Breslau.
- Peter Joseph, Bischof von Limburg.
- Wilhelm Emmanuël, Bischof von Mainz.
- Johannes, Bischof von Cullm.
- Matthias, Bischof von Trier.
- Johann Heinrich, Bischof von Osnabrück.
- Volkmar, Bischof von Leua i. p. i. und Erzbischofsverweser zu Freiburg.

- Philippus, Bischof von Ermland.
- Johann Bernard, Bischof von Münster.
- Wilhelm, Bischof von Hildesheim.

Domcapitular Hayne, Bischofsverweser zu Fulda.

[Die österreichische Regierung] hat ihre volle Uebereinstimmung zu den zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Gortschakoff gepflogenen Unterhandlungen hierher gelangen lassen.

[Der Ausschuss des deutschen Journalistentages] hielt, wie bereits telegraphisch gemeldet, am ersten Pfingstfeiertage in Leipzig eine Versammlung, an welcher Theil nahmen: die Herren Professor Dr. Wiedermann (Leipzig, Deutsche Allgemeine Zeitung), Dr. Klette (Berlin, Vossische Zeitung), Goldheim (Berlin, Volkszeitung), Dr. Stein (Breslauer und Schleisische Zeitung), Dr. Friedensburg (Hamburger Nachrichten), Dr. Piza (Hamburger Reform), Dr. Vogel (Frankfurter Journal), Winkler (Neueste Nachrichten, München). Es wurde beschlossen, den diesjährigen Journalistentag am 21., 22. und 23. August zu Bremen abzuhalten, und die Tages-Ordnung für die beiden Verhandlungstage (22. und 23. August) folgendermaßen festgesetzt. Erster Tag: 1) A. Antrag, betreffend eine die Straffreiheit wahrheitsgetreuer Berichte über öffentliche Gerichtsverhandlungen sichernde Declaration des Preßgesetzes; b. H. der gegen Redactoren und Herausgeber geübte Zwangswang mit den Bestimmungen des Reichspreßgesetzes vereinbar? Referent Wiedermann, Correferent Stein, 2) Anonymität der Tagespresse. Referent Klette, 3) Antrag, das Archiv des Journalistentages betreffend. Referent Dannenberg (Hamburger Correspondent), 4) Antrag auf Abfassung einer Geschichte des deutschen Journalistentages. Referent Piza. — Zweiter Tag: 1) Bericht über die Thätigkeit der Commission für Begründung einer Alter-Unterstützungs-Kasse. Referent Klette, 2) Errichtung eines ständigen Engagements-Verwaltungsbureaus des Journalistentages. Referent Piza, 3) Austausch von Mittheilungen unter den an verschiedenen Orten bestehenden Unterstützungs-Kassen. Referent Goldheim.

[Münzen.] Uebersicht über die bis Ende März 1875 für Rechnung des Deutschen Reichs zur Einziehung gelangten Landes-Silber- und Kupfermünzen: A. Landes-Silbermünzen. 1) Halberwährung: 85,495,800 M. 2) Sächsisch-Goldwährung: 91,471,059 M. 76 Pf. 3) Kronenthaler: 7,278,721 M. 16 Pf. 4) Conventionsmünzen des Zwanzigguldenfußes: 1,903,624 M. 78 Pf. 5) Speciesthaler Schleswig-holsteinschen Gepräges: 548,550 M. 6) Mecklenburgische Währung: 115,134 M. 30 Pf. 7) Hamburgische Courantwährung: 511,492 M. 50 Pf. 8) Sächsische Courantwährung: 174,763 M. 20 Pf. Gesamtwert A. 187,499,205 M. 70 Pf. B. Landes-Kupfermünzen. 1) Halberwährung: 108,278 M. 2) Sächsisch-Goldwährung: 46,200 M. 14 Pf. 3) Mecklenburgische Währung: 25,950 M. Gesamtwert B.: 180,428 M. 14 Pf. Dazu Gesamtwert A. 187,499,205 M. 70 Pf. Summe 187,679,633 M. 84 Pf.

Posen, 18. Mai. [Verhaftet] wurde vor einigen Tagen der Probst Roscielski in Schmiegel, welcher im vorigen Jahre ein Brautpaar getraut hat, das hierzu wegen eines zu nahen Verwandtschaftsgrades der bischöflichen Dispensation bedurfte. Dieses führte zu der Annahme, daß Herr Roscielski der Delegat sei, um so mehr, als er sich weigerte, Denjenigen zu nennen, welcher die nöthige Erlaubnis zur Einsegnung der Ehe erteilt hat. (Süd. Zig.)

Schweiz.

Bern, 12. Mai. [Gründung des Anti-Volksvereins.] Unter dem Vorhise des Prof. A. Heuser von Basel hat in Alten eine Versammlung von Repräsentanten der Mehrzahl der protestantischen Cantone stattgefunden, welche beschlossen hat, einen Verein zu gründen mit der Aufgabe, auf Grundlage der neuen Bundesverfassung die liberalen politischen Elemente behufs Vertheidigung der individuellen Freiheit gegenüber den autoritären Uebergriffen des Staates zu verbinden. Dieser Verein wird somit bestimmt sein, den centralistischen Tendenzen der bereits bestehenden liberalen Volksvereine als Gegen-gewicht zu dienen, in Folge dessen man ihn auch bereits den „Anti-Volksverein“ nennt. Zunächst soll für das Jahr 1875 ein leitendes Comité eingeseht werden, welche Verbindungen in allen Cantonen mit Gefinnungsgenossen behufs Bildung cantonaler Sectionen anstreben soll. Wird dieses Comité aus Männern wie Prof. Heuser, der Präsident der älteren Versammlung, zusammengesetzt sein, so wird sich der reactionäre Charakter des neuen Vereins trotz der liberalen Firma bald unverkennbar herausstellen. Auf große Erfolge wird er übrigens nicht zählen können.

[Vom Bundesrath.] In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrath ein Kreis Schreiben an die Cantone erlassen, welches dieselben ersucht, das Resultat der Volksabstimmung über das Civilstands- und Ehegesetz und das politische Stimmrechtsgesetz vom 23. v. Mts. mit thunlichster Beschleunigung an die Bundeskanzlei nach Bern zu berichten; wird diesem Gesuche nach der dem Kreis Schreiben beigegebenen Vorschrift Folge geleistet, so kann man hier in Bern schon am Tage nach der Abstimmung Gewißheit über das Schicksal beider Gesetze haben.

[Der große Rath des Cantons Bern] bewilligte heute die Aufnahme einer Anleihe von drei Millionen Franken für die Berner Hypothekencasse. Regierungsrath Teuscher wurde zum Präsidenten der Regierung gewählt. — Seit vorgestern ist der Julier für Käderwert offen; seit gestern der Splügen.

Stalien.

Rom, 11. Mai. [Zum Prozeß Sonzogno] schreibt man der „A. N. Z.“ von hier: Die „Liberta“ bringt höchst interessante Details über den Prozeß Sonzogno; natürlich mit aller Reserve, wie es sich geziemt, wenn von einem noch nicht abgeschlossenen Criminalfalle die Rede ist. Die Untersuchung ist zwar beendet, aber der Anklagenat hat die Acten noch nicht dem Assisenricht überwiefen. Es ist indes wahrscheinlich, daß die Geschworenen das Verbrechen in der nächsten Sitzungsperiode werden zu richten haben. Was auch immer die De-batten bringen mögen, die psychologisch, social und politisch so merkwürdigen Dinge, welche die „Liberta“ erzählt, werden immer ihr Interesse behalten. Nach diesen Entfaltungen wäre das Motiv des Hauptangeklagten Luciani weder die Eifersucht gewesen — er galt nämlich für den erklärten Liebhaber von Sonzogno's Frau — noch die Rache für die Bekämpfung seiner Candidatur im Trastevere seitens Sonzogno's, sondern ein drittes: die Furcht. Luciani's Bruder scheint ein Dieb von Handwerk zu sein, der sein Leben im Gefängniß zugebracht hat, wo er den Spitznamen Paino dell'Ormo trägt. Dieser nun pflegte oft über seinen Bruder Klage zu führen; Sonzogno wußte sich die vom Bruder erhobenen schweren Anklagen von den Gefängnißgenossen zu verschaffen, brachte sie zu Papier und bewahrte sie als im Nothfall anzuwendende Waffe auf. Dies erfuhr Luciani und daher seine Schrecken. Luciani hat bis jetzt noch nicht das geringste Geständniß gemacht. Armati dagegen, der mit dem leidenschaftlichen Journalisten so intim befreundet war, der als Präsident des Wahlbureau's eine große Anzahl der für den Gegencandidaten Ruspoll abgegebenen Stimmzettel annullirt und so dem jungen Demagogen wenigstens auf 3—4 Wochen den Saal des Parlaments eröffnet hatte, Armati gesteht alles; und Luciani behandelt den „Verräther“ bei den Confrontationen mit der größten Verachtung, wenn Armati bei dem „Heil des Vaterlandes“ schwört, er habe die Wahrheit gesagt; ja er verbietet ihm sogar ihn noch fernerhin zu dugen. Die andern Angeklagten sind der Bechino, welcher die Mordwaffe geliefert, Morelli und Farina, welche die That übernommen und das Geld dafür empfangen, endlich Frezza, der wirkliche Thäter, alle geständig. Doch läugnen alle, daß das Geld das Motiv gewesen, wollen alle nur aus mißverstandenen Patriotismus gehandelt haben. Luciani habe sie alle glauben gemacht, Garibaldi wünsche diese That. Zu diesem Ende stellte Luciani eines Tages Morelli und Farina, den Neffen des einst berühmten Capo Popolo Ciceroacchio, dem General vor, und der alte Held sprach mit Rührung und Eifer von dem Tode jenes Volksführers, und wie die Italiener den Deserteuren diese That nie verzeihen könnten. Diese Worte wurden den beiden Leuten von Luciani als eine Anspielung auf den bekanntlich früher in österreichischem Solde gestandenen Sonzogno gedeutet. Auf der andern Seite versicherte Luciani, wenn wir dem „Fanfulla“ glauben dürfen, den beiden Mordgesellen, die Regierung würde sie im Entdeckungsfalle nicht strafen, da Sonzogno als Chef dre republicanischen „Capitale“ ihr gefährlichster Feind sei. Luciani soll 5000 Fr. versprochen haben, konnte aber nur 1000 aufreiben, die ihm ein vornehmer Freund ließ, und welche er bei seiner Abreise nach Turin zurücklegte. Morelli und Farina, welche die That nicht selbst zu verrichten wagten, wandten sich an Frezza, welcher sie mit Freuden und unentgeltlich übernahm, als er hörte, Sonzogno sei „ein schlechtes Subiect“ und Garibaldi wünsche seinen Tod; und er führte sein Amt gewissenhaft aus: dreizehn Dolchschläge machten Sonzogno's Leben ein Ende. Nach der That fand Armati die ausbedungenen 1000 Fr. in einer Zeitung, auf die Luciani geschrieben: Seid vorsichtig. Das Uebrige bei meiner Rückkehr. Doch ward die Zeitung verbrannt. Morelli und Farina gerietzen förmlich in Wuth, als sie bei Sonzogno's Begräbniß Renotti Garibaldi sahen und sich so als gelächelt erkannten. Jeder von ihnen hatte 500 Fr. erhalten: der eine verbrannte sie, als die Polizeidiener die Treppe heraufstiegen, um ihn zu verhaften; der andere rollte seinen 500 Fr.-Schein zu einer Kugel und warf ihn so unbemerkt fort, während er nach dem Gefängniß geführt ward.

Großbritannien.

E. C. London, 13. Mai. [Der entschieden protestantische National-Club] gab gestern im Club-Hause sein Jahres-Banket, zu dem der deutsche Botschafter, Graf Münster, geladen wurde. Nachdem das Diner vorüber und der übliche Toast auf die Königin, den Prinzen und die Prinzessin von Wales und die übrigen Mitglieder der königlichen Familie getrunken war, brachte der Vorsitzende, Herr Holt, Parlamentsmitglied, die Gesundheit des deutschen Botschafters aus: Dieser Toast, so erklärte der Redner, sei nicht als ein gewöhnliches Compliment für einen hochgestellten Gast aufzufassen, denn der Club bewillkommene den Grafen als Vertreter des geeinigten protestantischen Deutschlands und eines Herrschers, der die Unabhängigkeit seines Landes ultramontanen Angriffen gegenüber zu wahren verleihe. Das protestantische England müsse bei diesem Widerstande gegen priesterliche Anmaßung mit Deutschland sympathisiren. Den Kampf, der gegenwärtig in Deutschland entbrannt ist, habe England vor 300 Jahren auszusuchen gehabt. Das englische Volk könne seine Verwandtschaft mit dem deutschen Volke nicht vergessen; ebensowenig, daß die Kronprinzessin von Deutschland eine englische Prinzessin sei. Gemeinsame Abstammung, Verbindung der Fürstenthümer und protestantische Sympathien verbanden die beiden Völker, und jedes Band werde mit Freuden begrüßt, das die Freundschaft Englands und Deutschlands wo möglich noch fester zu knüpfen geeignet sei.

Graf Münster dankte für die ihm erwiesene Ehre und fuhr dann fort:

„Ich habe noch andere Gefühle der Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Die meisten Mitglieder dieses Clubs haben thätigen Antheil an Versammlungen genommen und Adressen unterzeichnet, in welchen die englischen Protestanten der deutschen Nation ihre Sympathien ausdrücken; ich kann Sie versichern, daß mein kaiserlicher Herr und sein großer Kanzler, Fürst Bismarck, und das deutsche Volk diesen Zeichen von Sympathie großen Werth beilegen. Diese Zeichen von Sympathie beweisen, daß der Kampf, welchen das protestantische Reich aufgenommen hat, nicht das ist, was unsere Feinde daraus zu machen suchen und als was sie ihn angesehen wissen wollen: daß es nicht eine Reihe von Akten der Tyrannei, nicht Unterdrückung, nicht Krieg gegen die katholische Religion ist, sondern daß, wie Sie gefühlt haben, der Staat sich genöthigt sah, seine Unterthanen zu beschützen, sich genöthigt sah, Gewissen, Freiheit und Religion zu vertheidigen und wahrhaft christliche Erziehung in Schutz zu nehmen und zu fördern. Sie Alle kennen die deutsche Geschichte. Sie kennen die Kämpfe, welche zwischen den Päpsten und den deutschen Königen stattgefunden haben. Sie wissen, daß ein deutscher Kaiser als Wächter nach Canossa zu gehen hatte und Sie wissen, daß Fürst Bismarck in einer seiner großen Reden sagte: „Die Römlinge wissen, daß

unser protestantischer Kaiser nicht nach Canossa gehen wird, und das ist es, was sie so zornig macht.“ Sie wissen, was den dreißigjährigen Krieg herbeiführte und das Elend, welches dieser Krieg über Deutschland brachte. Sie wissen, wie Deutschland zertrüben war, und daß es Jahrzehnte bedurfte, um sich zu erholen und das zu werden, was es jetzt ist, ein großes protestantisches Reich. Das protestantische Reich ist den Dunkel-männern in Rom zuwider. Das geringere Deutschland, das geeinigte Italien ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie fürchten, daß in Ländern, wo das Nationalbewußtsein erstarkt, wo Sittlichkeit und Bildung mit dem Nationalbewußtsein wachsen, eine Nationalkirche die Folge sein muß. Durch alle Länder Europas weht derselbe Kampfhauch. Einige Länder fühlen sich wohl sicher, aber ich fürchte, sie sind nicht so sicher als sie glauben. Sie sehen die Schweiz, die freie Republik Schweiz, in denselben Kampf verwickelt. Ich hoffe, Ihr Land wird von diesem Kampfe einige Zeit verschont bleiben, aber ich denke, Sie werden wohl daran thun, sich bei Zeiten vorzusehen. Ich denke, Sie sehen, was in Irland vorgeht, und ich glaube, Sie brauchen sich nicht gar weit umzuschauen, um zu sehen, was hier, in diesem Lande im Anzuge ist und kommen wird. Ich kann Ihnen nur sagen, daß mein kaiserlicher Herr und Fürst Bismarck die Aufgabe vollenden werden, die sie übernommen haben. Seien Sie versichert, daß sie nicht ruhen werden, ehe die Gewissensfreiheit gesichert ist. Seien Sie versichert, daß alle hierzu notwendigen Gesetze in Kraft treten werden, weil das ganze freisinnige und gehobene Deutschland auf ihrer Seite steht. Und ich hoffe, daß der Augenblick kommen wird, in welchem wir Frieden haben werden mit unseren katholischen Landsleuten. Ihr Vorsitzender hat in geschickten Worten von der zwischen den beiden Nationen bestehenden Sympathie gesprochen. Ich fühle, daß Gründe dazu vorhanden sind, daß wir alle Ursache dazu haben, und ich denke, es ist die Pflicht eines jeden wohlmeinenden Protestanten nach seinen Kräften die Sympathie und die Eintracht, die zwischen beiden Ländern besteht, zu fördern. Ich kann Sie versichern, daß ich meinerseits alles für diese Eintracht thun werde, was ich vermag, und ich bin überzeugt, daß ich in Jedem von Ihnen einen getreuen Helfer finden werde. Ich schließe mit dem Wunsche, daß unsere zwei großen protestantischen Länder stets einig bleiben mögen. Wenn sie einig sind, dann ist die Civilisation der Welt sicher und die zuverlässigste und beste Schutzwehr für den Frieden gegeben.“

Die Rede des deutschen Botschafters wurde oft durch Beifallsrufe unterbrochen. Die Gesellschaft brachte ein dreifaches Hoch auf den deutschen Kaiser und Fürst Bismarck aus.

[Parlamentarische Verhandlungen vom 12. Mai.] Aus den Verhandlungen des Unterhauses ist nur kurz hervorzuheben, daß die Vorlage Charley's über den Kindermord zum zweiten Male gelesen wurde. Zweck des Entwurfs ist die Umwandlung der heute auch auf dem Worte neugeborner Kinder durch ihre Mütter stehenden Todesstrafe in Zwangsarbeit, und das Motiv liegt hauptsächlich in der Ermüdung, daß häufig die Geschworenen Kindesmörderinnen freisprechen, weil ihnen die Todesstrafe unter den Verhältnissen zu hart erscheint. Dr. Plaisir brachte seine Vorlage über Division ein und der Kriegsminister that ein Gleiches mit der Bill bezüglich der diesjährigen Herbstmandat.

Amerika.

Newyork, 30. April. [Die römisch-katholische Kirche] vollzog am 27. April eine für sie und vielleicht auch für unsere Republik bedeutungsvolle Feierlichkeit. Es fand an diesem Tage, schreibt man der „Magdeb. Zig.“, in der römisch-katholischen Kathedrale St. Patrick in Newyork die Verleihung des rothen Cardinalshutes (Berreta) an den ersten Priester der Kirche in der neuen Welt, den Erzbischof Mac Clokey von Newyork, statt. Diese feierliche Handlung, welche mit der Abhaltung einer solennen Messe unter der Assisenz von 6 Erzbischofen, 30 Bischöfen und ca. 300 Geistlichen geringerer Grade begangen wurde, kann nicht verfehlen, gerade in der gegenwärtigen Zeit als ein charakteristisches Ereigniß auch in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit zu erregen. Während die römisch-katholische Kirche in den nach monarchischen Grundsätzen regierten Ländern der alten Welt bekanntlich mit dem Principe des modernen Staates in einem lebhaften Kampf um ihr Dasein begriffen ist, kann sie sich gleichzeitig in der großen Republik des Westens, welche gemäß ihrer Verfassung auf den Grundlagen der Volksfreiheit und der Selbstregierung, sowie der vollständigen Trennung zwischen Staat und Kirche beruht, eines enormen Wachstums rühmen. Um sich einen Begriff von der ungeheuren Ausdehnung der katholischen Kirche in dieser Republik zu machen, sollte man die Thatfache, daß vor einem halben Jahrhundert die Zahl der Römischkatholischen sich auf ungefähr 60,000 Personen unter einem Episcopate beschränkte, mit der am 27. April 1875 in der St. Patrick-Kathedrale begangenen Feierlichkeit in Vergleich bringen. Daß dieses großartige Gedeihen einer unter einem ausländischen „unfehlbaren“ Oberhaupt stehenden Messionsgemeinschaft in unserer Republik nicht unbemerkt bleiben und nicht umhin konnte, zum Gegenstand eingehender Erörterungen und zum Theil mehr oder weniger dringender Befürchtungen auf Seiten der nicht katholischen Mehrheit der Bevölkerung des Landes zu werden, wird Niemanden wundern. Die am 27. April hier vollzogene Ceremonie wird voraussichtlich zu einer erneuerten und eingehenderen Discussion dieses Gegenstandes Veranlassung geben. Vor der Hand stehen sich die Ansichten darüber in der nicht katholischen öffentlichen Meinung, wie sich diese namentlich in der Tagespresse kund giebt, noch in ziemlich schroffen Gegensätzen gegenüber. Während die eine Seite, gestützt auf die principielle Bekenntnislosigkeit und die breiten demokratischen Grundlagen der amerikanischen Institutionen, dem Wachsthum der einen oder anderen Kirchengemeinschaft wenig oder gar keine Bedeutung für die politische Gesamtheit beilegt, wird von der anderen Seite den Gefahren, welche der Republik von den ultramontanen Principien und Bestrebungen drohen, großes Gewicht beigemessen. Die letztere Ansicht kann sich allerdings auf Thatfachen berufen, welche zur Zeit zwar nur localer Natur sind, dennoch erscheint der Gedanke nicht unbegründet, daß die kirchlichen Einflüsse auf die politische Entwicklung mit der Zeit zu Bedenken erregenden Dimensionen anwachsen könnten. Was den deutschen Standpunkt in dieser Frage anlangt, so ist von Interesse zu verzeichnen, daß dieselbe, wenigstens in der deutschen Presse des Westens, zu einer sehr lebhaften und zum Theil sogar erregten Controverse zwischen deren Hauptorganen geführt hat. So weit wir zu erkennen vermöchten, neigt sich jedoch bei dieser Controverse das Uebergewicht auf die Seite Derer, welche vor der Agitation der kirchlich-religiösen Frage überhaupt, vor Allem aber vor deren Uebertragung auf das politische Feld warnen und den, die Mehrheit des amerikanischen Volkes befehlenden Geist für hinreichende Schutzwehr gegen etwaige Gefahren des Ultramontanismus erklären. Die letztere Ansicht, so tröstlich sie erscheinen mag, dürfte jedoch nicht über die Annahme hinweghelfen, daß die Entwicklung des Ultramontanismus unter den hiesigen verfassungsmäßig freiesten demokratischen Formen als ein Problem der Zukunft sich darstellt, über dessen Lösung sich jetzt schon aussprechen zu wollen vermessen sein würde.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 19. Mai. Angelommen: S. Durchl. Fürst von Oginski, aus Jablonowo. (Fremdenbl.)

* [Maitäfer.] Aus Groß-Glogau berichtet der dortige „Stadtblot.“: Die Hoffnungen der Landwirthe, daß die anhaltende kalte Temperatur während des Monats April und zu Anfang des Mai die Insectenbrut vernichten würde, scheinen sich nicht zu erfüllen. Die Maitäfer sind so vorzüglich gerathen, daß sie z. B. in der Umgegend von Gurlau sämtliche Bäume, die Nadelbölzer nicht ausgenommen, zu Millionen belagern, selbst die kleinsten Obstbäumchen weisen Tausende dieser gefräßigen Thiere auf und ist ihr Laub zum größten Theil vernichtet.

u [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der lehtverfloffenen Woche sind hierorts polytelich angemeldet worden: Als geboren 100 Kinder männlichen und 91 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 191 Kinder, wovon

unberechtigt; als gestorben 77 männliche und 66 weibliche, zusammen 143 Personen incl. 6 todtgeborener Kinder.

Waldenburg, 18. Mai. [Kirchliche Angelegenheiten.] Zwei haben ertrunken. — Pflingsttagsgäste.] Vor einigen Tagen hier eine gemeinschaftliche Sitzung des evangelischen Gemeindekirchenraths und der Gemeinde-Vereinerung, in welcher der projectirte Bau eines neuen evang. Pfarrhauses eine der wichtigsten Vorlagen bildete. Der Ort soll auf dem in unmittelbarer Nähe gelegenen, nämlich an den Topfmarkt anstossenden Terrain aufgeführt und das hierzu erforderliche Bau-Capital hauptsächlich durch den Verkauf der beiden alten Pastorhäuser aufgebracht werden. Das neue Gebäude wird nicht bloß die nöthigen Wohnräume für die Geistlichen, sondern auch für den Cantor und die bei der Kirche anstellten Unterbeamten, sowie außerdem einen Confirmandensaal enthalten. Die nun aus einem Seitens der Bau-Commission erstatteten Bericht herbeizuziehen, ist das für die Ausführung des statlichen Neubaus bestimmte Terrain nicht ausreichend. Daher ist der erste Geistliche, Pastor prim. Heimann, nicht worden, zum Zweck der Erweiterung des Bauplatzes einen Theil des angrenzenden Gartens gegen Entschädigung durch ein anderes Terrain abzutreten, wozu derselbe sich auch unter der Bedingung bereit erklärt hat, daß die im Garten befindliche Sommerlaube im Fall der Abtretung unangetastet bleibe. Die Bau-Commission hat den Antrag erhalten, die Genehmigung der Gemeinde-Vereinerung nunmehr alle die Schritte zu thun, welche erforderlich sind, um die Ausführung des Bauprojectes einzuleiten. Nachdem in derselben Sitzung die Mehrkosten, welche bei Anlage der Canäle an der Kirche entstanden, bewilligt worden, wurden 2 Wahlen vorgenommen. Für den wegen vorgerückten Alters aus dem Gemeinderath als Mitglied auscheidenden Kaufmann Schler, der sich durch seine Thätigkeit als jahrelanges Mitglied des früheren Kirchen-Collegiums großen Ansehen erworben, den Dank der Kirchengemeinde erworben, hat die Gemeinde-Vereinerung den Kaufmann Kühn, sowie an Stelle des aus der Gemeinde-Vereinerung geschiedenen, nach Berlin verzogenen Rechtsanwalts Contenius den Kaufmann Adamer mit sich gewählt. — Am ersten Pflingsttage unternahmen mehrere Knaben aus Hermsdorf und Weisklein gemeinschaftlich einen Spaziergang auf die nahegelegenen Felder und gelangten dabei zu einem Hügel, welcher sich auf der westlichen Seite des Fuchsbühlens befindet. Obgleich der Platz mit einer Warnungstafel versehen ist, so konnten doch zwei von den Knaben der Lust nicht widerstehen, sich in dem Hügel zu baden. Leider mußten beide ihr Unternehmen mit dem Tode büßen; sie ertranken. Einer der Knaben war aus Weisklein, der andere aus Hermsdorf. — Die Eisenbahnzüge haben an den Pflingsttagen der hiesigen Gegend eine überaus große Anzahl von Gästen zugeführt. Am ersten Feiertage früh war der Andrang an dem Billeterverkauf auf dem Altmarkter Bahnhofe so bedeutend, daß eine große Anzahl von Personen, welche den Zug nach Freiburg benutzen wollten, wegen Mangel an Wilsletts zurückbleiben mußten.

— O — Wartha, 18. Mai. [Ein bestialischer Mord] ist am zweiten Pflingsttage im Gnadenort Wartha verübt worden. In der Nähe des Einsteherhäuschens auf einer Wiesenacke, dicht an der Weisse wurde diesen Morgen eine große Blutlache bemerkt und demnach eine weibliche Leiche im Flußbett der Neisse auf einer Stelle vorgefunden, wo diese nicht hinreichend tief, um die Leiche fortzunehmen. Nach Herausziehung der Leiche aus dem Wasser wurde in der Ermordeten die Köchin eines hiesigen Hotels erkannt, deren Winterkops durch viele in verschiedenen Richtungen geführte Hiebwunden ganz zerhackt und das Stirnbein in seiner ganzen Breite gespalten war. Soviel man weiß, hatte ein Soldat des 51. Inf.-Regts. am Nachmittag des gestrigen Tages bis zur Nacht im Gasthause zum Haag mit der Ermordeten sich durch Tanz belustigt und auch in ihrer Gesellschaft das Tanzlocal verlassen.

Falkenberg, 19. Mai. [Eine neue Postagentur] wird in dem benachbarten Dorfe Alt-Schallowitz zum 1. Juni d. J. eingerichtet und in Bezug auf die Rechnungslegung und den Lieferungsverband dem kaiserlichen Post-Amte in Brieg zugewiesen werden. Der Landbestellbevollmächtigte soll die Districts-Sachen und die Colonie Neu-Schallowitz umfassen, welche zu diesem Behufe aus dem Districtsbezirk der benachbarten Postagentur in Boppelau abgetrennt werden. Mit Letzterer erhält die Postagentur in Alt-Schallowitz durch eine neu einzurichtende, tägliche Votenpost. Die Geschäfte des Postagenten in Alt-Schallowitz übernimmt dem Vernehmen nach der Amtssecretär Kiesel daselbst.

Gogolin, 18. Mai. [Zur Tageschronik.] Durch hohe Regierungs-Befehle wurden nicht allein alle Lehrer der höheren Unterrichtsanstalten, aber auch alle Volksschullehrer angefordert, schleunigst sämtliche Schüler und Schülerinnen ihrer Klassen zu beschichtigen und nach einem Schema eine Nachweisung zu fertigen, in welcher die Farbe der Haut, der Haare und der Augen derselben genau angegeben werden soll. Diese Nachweisungen sollen der deutschen anthropologischen Gesellschaft als Material dienen, um den Ursprung der europäischen Bevölkerungen zu erforschen, da die ältere Vorstellung, wonach fast sämtliche Völker unseres Welttheils aus einer gemeinsamen, asiatischen Heimat und von einem einzigen Urvolk entstammen sollten, in mehrfacher Hinsicht erschüttert worden ist. — Mehr und mehr hat der Gebante Geltung erlangt, daß schon eine viel ältere, vielleicht sogar mehrere ältere Bevölkerungen in Europa existirt haben, und ohne durch die sogenannte arische Einwanderung verdrängt oder vernichtet zu sein, sich auch nach derselben erhalten und später, vielfach gemischt mit den einwandernden Eroberern, eine Hauptrolle für die neue Bevölkerung gebildet haben. — Die physische Anthropologie hat gänzlich zwei Wege, auf welchen sie die Begründung dieser sehr schwierigen Aufgaben anstrebt. Einerseits erforscht sie den inneren Körperbau, namentlich den Knochenbau, und hier ist es vor Allem der Kopf, als der edelste Theil des Menschen, welcher zu auffälligen Bemerkungen Veranlassung gegeben hat. Andererseits bietet von jeder die Hautfarbe, mit welcher die Farbe der Haare und der Augen in einem gewissen Zusammenhange stehen, unverkennbar ein sehr wichtiges Merkmal für die Etablierung der Rassen. — Da es jedoch überaus schwierig ist, Schädelmessungen in so großer Zahl vorzunehmen, daß dadurch eine ausreichende Grundlage für die weitere Untersuchung gewonnen würde, so hat die deutsche anthropologische Gesellschaft geglaubt, der andern Seite der Betrachtung zuerst näher treten und, wenn irgend möglich, über ganz Deutschland eine genauere Feststellung der Farbe der Bevölkerung herbeizuführen zu lassen. — Die Lehrer unterwarfen sich denn gewissenhaft dieser Arbeit, sind aber bei den Land- und Schulorten auf Schwierigkeiten gestoßen, da die meisten Kinder bereits von der Sonne tüchtig gebräunt sind, auch die Reinigung ihrer Haut erst in den Sommermonaten durch das beliebte Baden einigermaßen ausgeführt wird, daher die Hautfarbe jetzt eine unbestimmte ist. Mit vieler Mühe wurden jedoch diese Schwierigkeiten überwunden und fand man, daß die meisten Kinder dieser hiesigen Gegend blaue oder graue Augen, blonde oder hellbraune Haare und eine weiße Haut haben; braune Augen, blonde oder braune Haare und weiße Haut sind auch noch vielfach vertreten, dagegen kommen braune Augen, schwarze Haare und braune Haut sehr wenig vor, die überhaupt die ganz schwarzen Haare bei uns eine Seltenheit sind. Die Eltern der Kinder sprechen hier mit wenigen Ausnahmen nur polnisch, wittern in dieser Farbenerforschung etwas Verdächtiges und betrachten die Lehrer trotz aller von denselben gegebenen Aufklärung mit mißtrauischen Blicken.

[Notizen aus der Provinz] * Gr. Ologau. Eine aus Damen und Herren bestehende Gesellschaft war am Sonntag nach Weibich auf einem Rade nach Ologau zurückgefahren. Der Rade war jedoch nicht zuverlässigen Händen anvertraut, denn an der Oberbrücke fuhr er auf einen Eisblock, so daß er in Gefahr gerieth, ungeworfen zu werden. Die Gesellschaft schickte sich auf den Eisblock und mußte in der gefährlichen Stellung so lange verweilen, bis sie von herbeigekommenen Schiffen aus derselben erlöst wurde. * Sagan. Das „Wabl.“ meldet: Mit dem Abendschnellzuge der Nieder-Silesischen Bahn traf am 15. Mai, dem Geburtsfesttage Graf von Linie Grafen-Andersdorf, Sr. Excellenz der General-Feldmarschall Graf Moltke hier ein und begab sich zu Fuß, von zahlreichen Personen gefolgt, auf dem Wege am Hober nach unserer Stadt. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht von der Ankunft des hohen Reisenden verbreitet, so daß sich eine ansehnliche Menschenmenge vor Kreisbühnen's Hotel, wohin sich Sr. Excellenz begeben, versammelte, um den berühmten und allgemein geachteten Strategen zu sehen. Hierzu bot sich auch bald Gelegenheit, da der Herr Graf nach kurzem Verweilen im Hotel sich über den Markt nach dem Herzoglichen Garten begab, wo er die Parolanlagen besichtigte. Am ersten Feiertage, früh, verließ Sr. Excellenz wieder unsere Stadt per Bahn. * Mittelwalde. Am 12. d. Mts. Abends 1/8 Uhr gerieth dort eine Weichenstellung der vom Bobitzhauer Einschnitt (Strecke Mittelwalde-Brandesgrün) kommende Gritznarstrecke auf die im Schuppen der Unter-nehmer Waldenholz und Behr befindliche Arbeits-Locomotive, welche in Folge des Anpralls durch das am Locomotiv-Schuppen von Fuchswald erbaute Überwachungslocal hindurchfuhr. Der Locomotivführer, welcher sich unter der Maschine in der Löschgrube mit Reparaturen beschäftigte, hatte keinen

Schaden davongetragen, nur hat der als Heizer angestellte Arbeiter A. aus Böhmern beim Anblick der Gefahr durch sein Hinausspringen auf die Maschine und das Hindurchfahren durch die Fachwände einzelne Querschnitten an Brust und Beinen erlitten. Der Zustand desselben ist nicht lebensgefährlich. # Kattibor. Dem „Oberöchl. Anz.“ nach ist der vor mehreren Jahren von den hiesigen Ursulinerinnen acquirirte, neben dem Kloster belegene Lachmann'sche Garten, der annehmend zum Zwecke der Vergrößerung des Klosters angekauft wurde, nunmehr an Herrn Fabrikanten Jordan abgetreten worden. Statt dickerer Klostermauern wird das qu. Terrain vielleicht bald ein industrielles Etablissement tragen.

Berlin, 18. Mai. Träge und schwerfällig entwickelte sich der heutige Verkehr, wiewohl im Großen und Ganzen sich die Tendenz als leidlich fest bezeichnen läßt; nur für die leidenden fremden Speculationsbedürfnisse gestaltete sich die Coursentwicklung weidlich. Die Börse fand auch weder in den von auswärts eintreffenden Coursmeldungen Anregung zu lebhafterem Verkehr, noch lagen innere Gründe vor, die ihr eine animirtere Physiognomie hätten geben können. Der leichten Prolongation gelegentlich der Medioliqidation in Paris sollte man hier keine weitere Aufmerksamkeit, dagegen waren auf Pariser Notierungen hin und in der Voraussetzung, daß keine Superdividende gezahlt werden wird, Lombarden in matterer Tendenz, so daß sie einen Coursrückgang bis 10 Mark aufwiesen; Franzosen drückten sich gleichfalls um mehrere Mark und nur Credit behaupteten nahezu den höheren Sonnabend-Cours. Die inländischen Speculationspapiere waren nicht eigentlich gedrückt aber leblos, da ihnen noch der Stimulus der des Arbitragegeschäftes fehlte. Disconto-Commandit 163,90, ult. 163 1/4, Dortmund Union 14,50, ult. 13 1/4—14, Laurahütte 102 1/2, ultimo 103—102 1/4—102 1/2. Die österreichischen Nebenbänken hielten sich meist außerhalb des Verkehrs und änderten daher die Notierungen nur in ganz unbedeutendem Grade. Galizier zogen gegen den Schluß der Börse etwas an. Auswärtige Staatsanleihen erfreuten sich auch heute einer größeren Beliebtheit und konnten Verkäufer meist bessere Preise durchsetzen, besonders herrschte für Italiener und 1860er Loose eine rege Kauflust, doch waren auch Papierrente, Silberrente und Türken höher. Amerikaner sehr still; auch russische Werte ließen jene Regsamkeit, die sie sonst vorzugsweise charakterisirte, vermissen, befanden aber trotzdem eine sehr feste Haltung. Preussische und andere deutsche Staatspapiere ohne Leben, im Ganzen aber fest. Eine gleiche Stimmung trug das Geschäft in Prioritäten; von den preussischen Devisen haben Bergische 4 1/2 procentige und Halle-Sorauer einigen Verkehr aufzuweisen. Lombardische Prioritäten zwar lebhaft, doch aber weniger fest, die vorliegenden Verkaufs-Aufträge konnten jedoch noch leicht genug placirt werden. Auf dem Eisenbahnmarkt herrschte eine ziemlich feste Stimmung. Die schweren rheinisch-westfälischen Speculationspapiere blieben sehr still, für Potsdamer, Stettiner und Anhalter befand sich einig Kauflust, Gölitzer zogen etwas an, Rumänien ziemlich fest, Halle-Sorauer, Märkisch-Bosener und Hannover-Altenbeker besser, Weimar-Gera, Völticher, Nastrichter und Nabebahn in einigem Verkehr. Banctacten waren fast ohne Ausnahme geschäftslos, in Preuss. Bodencredit und Potsdamer Provinzialbank einiger Umsatz, Meiningen, Oldenburg'sche Bank und Baseler Bankverein etwas besser. In Industrie-Papieren wurden nur unbedeutende Beträge umgesetzt. Große Berliner Pferdebahn bewegte sich reger, Nürnberg Brauerei ansiehend, Schützbeiß belebter. Union Webers nachgehend, ebenso Sommerfelder Tuchfabrik und Vereinigte Rutenwalber niedriger, Balt. Lloyd zu besserem Course gesucht, Wöhlert, Egells, Freund und Norddeutsche Eisenbahnbed. gut beachtet, Berliner Eisenbahnbed. matter, Westend behauptet, Bergwerke in geringem Verkehr. Wechsel eher matt, nur London besser. — Um 2 1/4 Uhr: Bei fester Haltung Credit 426, Lombarden 229, Franzosen 534, Disconto-Commandit 163 1/4, Dortmund Union 14, Laurahütte 102,75.

Wien, 16. Mai. [Wochenbericht.] Ganz im Gegensatz zu meinem letzten Berichte kann ich diesmal aber eine ausgesprochene feste Haltung der Börse referiren. Die Rente hat den normalen Cours von 70 pCt. bei welchem sie eine sechsprocentige Verzinsung abwirft, wieder erreicht; inländische Käufe der verschiedensten ausländischen Confgurationen vollständig zu paralysiren, obwohl auch diesmal wieder für Rechnung der Finanzverwaltung nachgelassen worden sind. Andere Fonds wurden bei behaupteten Coursen umgesetzt; speciell für Prioritäten war und blieb der Verkehr gering; die vorgefallenen Transactionen gingen meist nicht für Rechnung von Privatcapitalisten, sondern veranlaßt ihre Entschaltung der Räumern und Laichoperationen einiger Versicherungs-Anstalten. Zu den von diesen letzteren favorisirten Papieren gehörten unter Anderen die Obligationen der Rheinbahn, was ich als eines Curiosums deshalb erwähnen, weil es mir keinem Zweifel zu unterliegen scheint, daß ungarische Prioritäten im Falle des Zustandekommens einer ungarischen Nationalbank — (und dieser Fall ist nicht vollständig ausgeschlossen) — in ungarischen Noten werden honorirt werden. Die Course der Eisenbahn-Actien können jetzt genannt werden, wenn ermogt wird, daß die Gebührungs-Resultate des abgelaufenen Jahres wenig befriedigend sind. Es fällt auf, daß den ganz erklärlichen Minder-Einnahmen nicht auch eine einigermaßen entsprechende Minder-Ausgabe gegenübersteht, zumal die wichtigsten Verbrauchs-Artikel eine nicht unwesentliche Verwohrlheilung erfahren haben. Die Hoffnungen, welche hinsichtlich der diesjährigen Erntebewegungen mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte gehegt werden, helfen aber dieser Bedenklichkeit hinweg. Die Speculation in Bankpapieren war nicht eben animirt, zeigte aber unlegbar jene feste Tendenz, von welcher mit wenigen Ausnahmen das gelaunte Verkehrs-Gebiet erfüllt war. Wo solche Ausnahmen vorlomen, beruhen sie auf ganz speciellen Verhältnissen. So z. B. bei den Lombarden auf der zweifellos untermbleibenden Einlösung des Coupons und auf den schlimmen Nachrichten, welche über den Fortgang der Verhandlung betreffend die Abtrennung der italienischen Linien circuliren; bei der Actie der Donaudampfschiff-Gesellschaft auf den sehr schlechten Betriebs-Ergebnissen und den (bloß statistischen?) Schwierigkeiten der Sonorierung des Coupons, bei der austro-egyptischen Actie auf dem angeblich bereits feststehenden Beschlusse des Verwaltungsrathes, nicht das ganze, dem Unternehmen durch besondere Gunst der Verhältnisse in den Schoß gefallene enorme Erträgniß von 51 pCt. zur Verteilung zu bringen, sondern einen Theil desselben zur Consolidirung der Gesellschaft und Liquidirung der Actien zu verwenden. Der Beschluß des Verwaltungsrathes, das Unternehmen aller Eventualitäten wegen zu säulen, kann von jedem einsichtigen Actionär nur gebilligt werden, obgleich er den Vortheil des begrifflicher Weise nicht konvertirt; eine andere Frage ist es, ob die Form der Verwendung des zurückerhaltenen Gewinnes die bestgewählte ist; ob es nicht klüger wäre, statt der Vergrößerung des Actien-capital's den Reservecapital zu stärken, diesen aber aus dem rüstanten egyptischen Geschäft zu ziehen und ihn nur durch Anlauf von Securitaten oder im Escompte zu fructificiren. Fragt man sich um die Ursachen, aus welchen die Börse in dieser Woche ihre mißwuthige Stimmung gegen eine so feste Haltung vertauschte, so findet man kaum eine andere, als die Klärung der internationalen Beziehungen den günstigen Ablauf der Medioliqidation in Paris und Brüssel, und die immer noch prekären aber von den Journalen mit großem Eifer genährten Erntehoffnungen. So wenig positive Anhaltspunkte hierin gegeben sind, wurden sie von der Börse doch als genügend um zu bereitwilliger Anerkennung, da diejenigen Factoren, welche die Stimmung im ungünstigen Sinne beeinflussen könne, theils momentan an den Hintergrund gedrängt, theils noch zu weit entfernt sind, um von einer nur mit der nächsten Zukunft rechnenden Speculation gewürdigt zu werden. In ersterer Beziehung möchte ich auf innere rein politische Fragen verweisen, welche, wie es scheint, noch keineswegs gelöst, doch im Momente suspendirt sind und daher von der Börse, ich glaube mit Unrecht, außer Auge gelassen werden. Desgleichen betrachte ich die schutzöllnerische Bewegung, deren Anwachsen ich Ihnen schon vor einigen Wochen signalisirte, eben wegen ihrer in meinem damaligen Briefe charakterisirten Entstehung als ein Symptom höchst bedenklicher Zustände in industriellen Kreisen. Allein die Börse hält sich nicht so sehr an die traurigen Zustände, welche den Silberfuß nach Joltschus produziren, — als vielmehr an das Anwachsen und die steigenden Chancen einer Bewegung, welche, wenn erfolgreich, eine günstige Wirkung auch auf den Eisenbahnbau hervorbringen könnte; (selbstverständlich reproducire ich hier nur die Ansichten der Börse, nicht meine eigene). Die schwerwiegenden Folgen der Verhandlungen finanziellen und volkswirtschaftlichen Inhalts, welche im Jahre 1876 mit Ungarn zu führen sein werden, finden gegenwärtig noch nicht die verdiente erste Beachtung und doch sollten die Nachrichten über den Stand der ungarischen Finanzen als ein Fingerzeig auf die ganz bedeutenden Schwierigkeiten dienen, welche bei jenen Verhandlungen zu überwinden sein werden. Das Betrachtungen ähnlicher Art von einem Theile der Börse, wenn auch nur von einem geringen Theile angefleht werden, ergibt sich aus dem Gange des Devisen-Geschäfts. Man hat es versucht, die feste Haltung der Devisencourse aus allerhand unbilligen Umständen zu erklären, so z. B. aus Deckungskäufen von Valutacourtemeurs, aus Remboursen für bereit congnite Rente, aus Anschaffung für reellen Bedarf der Spinnereien, aus Napoleonskäufen des Hauses Rothschild zum Zwecke der Abschnung von Legationen, aus Käufen der Finanzverwaltung zur Remittirung an ihre Tabaklieferanten. Neben allen diesen Ursachen besteht aber auch eine Hausspeculation von durchaus nicht zu

unterscheidender Bedeutung. Unkundige verweisen auch auf Käufe der Nationalbank zum Zwecke der Stärkung ihres Portefeuille. Meinen Informationen nach findet jedoch Seitens der Nationalbank nur ein Laufen von kurzem gegen langfristiges Papier statt und sind eben nur die von jenem Institut ausgehenden prompten Abgaben kurzen London's gegen langes auf Termin die Ursache, daß der reelle Bedarf keine Verdrängung findet, ohne die Hausspeculation indirect unterstützen zu müssen.

Paris, 16. Mai. [Börsenwoche.] Die pessimistische Anschauung der Börse hatte schon am letzten Montag einer hoffnungsvolleren Auffassung Platz gemacht, und nachdem die Rente einen Augenblick auf 101.25 gewichen, hob sie sich am ersten Börsentage auf 101.80, um gestern, Sonnabend, mit 102.90, d. h. etwa 1 1/2 Fr. höher als in der Vorwoche zu schließen. Es scheint, daß die hohe Finanz sich endlich an den Rentenläufen zu beteiligen anfängt, und danach läßt sich an eine dauernde Besserung der Course glauben, zumal als bis zum Herbst immer politische Störungen nicht zu erwarten sind und als die äußere Lage gesichert scheint. Die Comptantläufe haben in erhöhtem Maße wieder begonnen und der Renten-Hausse dürfte es speciell zu statten kommen, daß derjenige Theil des Publicums, der mit den Speculationswerten unangenehme Erfahrungen gemacht hat, sich neuerdings vorzugsweise der Rente zuwenden wird. Uebrigens haben auch diese Speculationspapiere selber sich gebessert. Der Mobilier ging von 212 auf 220, der spanische Mobilier von 740 auf 790. Eine Ausnahme macht die Franco-Hollandaise, welche bei 310 etwa 60 Fr. verliert. Man behauptet, daß die Franco-Hollandaise ihrem Schicksal überlassen werden soll, während Herr Erlanger Anstrengungen macht, den Credit Mobilier wieder aufzurichten; es fragt sich freilich, ob er die nöthigen Gelder finden wird. Ueber diese Angelegenheit wird wohl erst nach der morgigen Specien-Liquidation Bestimmung zu erfahren sein. Man hat diese Liquidation mit großer Angst erwartet; aber nach allen Anzeichen scheint sie bereits ziemlich weit gegeben zu sein. Die Börsen-Matter werden noch unter der Zahlungsunfähigkeit vieler Kunden zu leiden haben, aber man glaubt, daß sie die noch zu erwartenden Schläge überleben werden. Einer der Herren ist in Folge der Mai-Liquidation gesprungen. Zwei Andere haben ihre Charge verkaufen müssen. Die meisten französischen Creditwerte haben eine kleine Besserung aufzuweisen. Banctacten gingen von 3880 auf 3900. Durch den Vertrag zwischen dem Staat und der Bahn sind sie nicht im geringsten beeinflusst worden. Banque de Paris ging auf 1155, Comptoir d'Escompte auf 575, Credit Lyonnais auf 630. Der Credit Foncier hat den Cours von 900 wieder gewonnen. Die französischen Bahnnacten der großen Linien blieben fest: Nordbahn bei 1175, Orleans bei 930, Lyon bei 917, Ostbahn bei 540. Die Obligationen der Bahnen zweiten Ranges sind dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen, daß Philippart sie bei der letzten Liquidation den Börsenmaklern in Zahlung geben mußte. Oesterreicher, obgleich von 660 auf 665 gestiegen, blieben verhältnismäßig schwerfällig. Lombarden, stark angeboten, gingen von 313 auf 295 zurück; dagegen erholten die spanischen Bahnen sich ein wenig: Nordbahn von 230 auf 258 und Saragossa von 295 auf 335. Italienische Rente war nach dem Beispiel der französischen entschieden fest. Sie hat nicht nur von den allgemeinen Haussgründen, sondern auch speciell durch das Votum des italienischen Parlaments, welches die Stellung des Ministeriums Minghetti consolidirt, Vortrieb gezogen. Sie gewinnt 1 1/2 pCt. bei 71.90. Türken stiegen um einen Franken auf 43 Fr. 70 Cent. Die spanische Exterior ist nach wiederholten Schwankungen auf ihren vorwöchigen Standpunkt 21 zurückgelehrt. Peruvianer anhaltend flau bei 70.

[Ungarische Prämienheine.] Verloosung vom 15. Mai. Geogene Serien: Nr. 291 861 976 1006 1052 1059 1888 2418 2782 3536 3679 3963 4263 4698 5113 5255 5339 und 5736. Aus den vorstehend aufgeführten verloosten 18 Serien wurden die nachstehenden Gewinn-Nummern mit den nebenbezeichneten Gewinns in Oesterreichischer Währung gezogen, und zwar bei der Haupttreffer mit 150,000 fl. auf S. 3963 Nr. 33, der zweite Treffer mit 15,000 fl. auf S. 291 Nr. 5 und der dritte Treffer mit 5000 fl. auf S. 5113 Nr. 12; ferner gewannen je 1000 fl. S. 291 Nr. 29, S. 1059 Nr. 9, S. 2782 Nr. 4 und S. 3536 Nr. 49; und endlich gewinnen je 500 Gulden: S. 291 Nr. 24, S. 976 Nr. 49, 1059 Nr. 7 und Nr. 40, S. 2418 Nr. 44, S. 3536 Nr. 30, S. 3679 Nr. 16, S. 4263 Nr. 2, 3, 22 und Nr. 23 und endlich S. 5736 Nr. 43 und Nr. 48.

Auf alle übrigen in den obenangeführten verloosten 18 Serien enthaltenen und hier nicht besonders verzeichneten 880 Gewinnnummern der Prämienheine fällt der geringste Gewinn von je 120 Gulden in Oesterreichischer Währung. Die „Zeitschrift für Gewerbe, Handel und Volkswirtschaft“. Organ des Oesterreichischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“, redigirt von Dr. Adolf Franz zu Veitshausen O. E., enthält in Nr. 20 vom 15. Mai d. J.: Gefügegebung, Verwaltung (Enquete über die Eisenbahntarif-Reform. — Reichs-Eisenbahngesetz-Entwurf). — Zur Revision der Handels- und Zoll-Verträge. — Production, Handel, Verkehr (Oesterreich: Dividenden-Nachrichten. — Jahresberichte. — Unfall auf der Scharlegrube. — Frankreich: Kohlenproduction. — Norwegen: Eisenerze. — Großbritannien: Lohnfrage; Export. — Rußland: Actien-Gesellschaft für Steinkohlenverwertung; Donezbecken. — Böhmische Braunkohle in Wien.) — Deutscher Arbeiterfreund (Silberlosten-Gesellschaft). — Anzeigen. — Briefkasten der Redaction. Bezüglich der Revision der Handelsverträge kommt das Fachblatt zu folgendem Schlussresultate: Die Zwecke, welche bei der Revision der Handelsverträge ins Auge zu fassen sind, scheinen uns bei der angeordneten Stimmung für Schwäche in den maßgebendsten Interessentkreisen weniger in der Richtung der Verwirklichung eines der beiden Hauptsysteme der Handelspolitik, des Freihandels- oder des prohibitiv-Systems, zu liegen, als eine ganz abgesehen von handelspolitischen Principien vorzunehmende genaue Erforschung und Vergleichung der Verhältnisse der Nationen zu fordern und die möglichst wirtschaftliche Ausgleichung der internationalen Nachfrageverhältnisse in Betracht zu ziehen und es wäre namentlich in Bezug auf die Tarife der Güterbeförderung die unbedingtste Gleichstellung der inländischen und ausländischen Producte gleicher Art eben so zu verlangen, als die Gleichheit der Einfuhrzölle der contrabirenden Staaten. Eine zweckmäßige Revision der Handelsverträge und eine wirtschaftliche Zolltarif-Regulirung erscheint uns ohne Eisenbahn- und Wasserstraßen-Tarif-Feststellung für die zollfreien und zollpflichtigen Waaren eben so illusorisch als erfolglos.

Die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich betrug in den Monaten Januar bis April nach der „Ztschr. f. Gew.“ 46,528,602, davon aus Deutschland 1,389,500 Doppelcentner gegen 1,365,602 im J. 1874, die Einfuhr an Coles überhaupt 1,243,000, aus Deutschland 362,000 (1874: 162,563) Doppelcentner. In Norwegen sind 11 Kilom. vom Golf von Stierstad ungeheure Eisenerzlager von 13,000 Quadratmeter Ausdehnung entdeckt. In Rußland (Gouv. Inlitarinoflaw) wird sich demnächst eine Actien-Gesellschaft für Steinkohlenverwertung bilden, welche die englische Kohle durch russische zu verdrängen sucht. Es fehlt nur an guten Vergleuten, da deutsche und englische Arbeiter in den russischen Gruben nicht arbeiten wollen. Es dürfte rathsam sein, eine Warnung der deutschen Arbeiter vor den bevorstehenden russischen Anwerbungen ergehen zu lassen. Derselbe führte 1873: 7,019,287 Bud Steinkohlen = 1,403,865 Rub. ein. Das Donezbecken producirte im Gouv. Jekaterinoflaw 1874: 20,454,000, im Donischen Kosakenlande 25,000,000 Bud Kohlen. An Ausdehnung steht das Becken nur dem nordamerikanischen nach. Der Kohleninhal wird auf 10,751 Millionen Konordamerikanischen nach. Es fehlt bis jetzt an geeigneten Transportmitteln, hundert neuen gefächert. Es fehlt bis jetzt an geeigneten Transportmitteln, hundert neuen gefächert. Es fehlt bis jetzt an geeigneten Transportmitteln, hundert neuen gefächert.

Berlin, 18. Mai. [Productenbericht.] Roggen eröffnete flau, besessigte sich aber bald wieder ganz entschieden, weil nur wenig Verkäufer sich im Markte zeigten. Waare kaum besessigt, der Begehr hielt zurück. — Roggenmehl fest. — Weizen niedriger einsehend, erholte sich vollständig im Werthe und schließlich fest. — Hafer loco merklich billiger verkauft. Termine matt nur Mai ziemlich besessigt. — Mähhil matt und besonders nach Pflingst höher. — Spiritus recht still und sehr matt. Weizen loco 177—201 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. Mai 187—178 M. bez., pr. Juni-Juli 185 1/2—186 1/2 M. bez., pr. Juni-Juli 185 1/2—186 M. bez., pr. Juli-August 186 1/2—187 1/2 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 187 1/2—188 1/2 M. bez. — Getreidigut — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 156—169 M. nach Qualität gefordert, russischer 150—157 1/2 M. bez., ordinarer russischer — M. bez., inländischer 162—163 M. ab Vahn bez., geringer inländischer — M. bez., pr. Frühjahr 155 1/2—156—155 1/2 M. bez., pr. Mai-Juni 150—151 M. bez., pr. Juni-Juli 146 1/2—148 1/2 M. bez., pr. Juli-August 145 1/2—147 1/2 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 146—147 1/2 M. bez. — Getreidigut — Ctr. Käu-

bigungspreis — M. — Gerste loco 129—178 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 163—193 M. nach Qualität gefordert, schlechter 175—179 M. bez., ostpreussischer 175—182 M. bez., westpreussischer 175—182 M. bez., russischer 175—183 M. bez., ungarischer und galizischer 166—174 M. bez., pommerischer 182—187 M. ab Bahn bez., medienburger 182—187 M. ab Bahn bez., ordinärer russischer — M. bez., pr. Frühjahr 181 $\frac{1}{2}$ —182 M. bez., pr. Juni-Juli 165—166 M. bez., pr. Juni-Juli 162 $\frac{1}{2}$ —163 $\frac{1}{2}$ M. bez., pr. Juli-August 159 M. bez., pr. September-October 154 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Rindungspreis — M. — Erbsen: Rothwaare 183—236 M., Futterwaare 167—172 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unverteuert incl. Sad Nr. 0 25,50—24,50 M., Nr. 0 und 1 24—23 M. — Roggenmehl Nr. 0 22,50—21,50 M., Nr. 0 und 1 20,75—19,75 M. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. April-Mai 20,85 M. bez., pr. Mai-Juni 20,85 M. bez., pr. Juni-Juli 20,95 M. bez., pr. Juli-August 21,20 M. bez., pr. August-September 21,20 M. bez., pr. September-October 21,20 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Rindungspreis — M. — Delfaaten: Raps — M., Rüben — M. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 56 M. bez., mit Fas — M. bez., pr. April-Mai 57 M. bez., pr. Mai-Juni 57 M. bez., pr. Juni-Juli 57 M. bez., pr. Juli-August 58 M. bez., pr. September-October 59,8—60,3 M. bez., pr. October-November 61 M. bez., pr. November-December 61,5 M. — Gefündigt — Ctr. Rindungspreis — M. — Keimöl loco 60 M. bez. — Petroleum per 100 Kilo incl. Fas loco 26 M. bez., pr. April-Mai 24 M. bez., pr. Mai-Juni — M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 25 M. bez. — Gefündigt — Barrels. Rindungspreis — M. Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Fas“ 52,5 M. bez., „mit Fas“ pr. April-Mai 53,2—53,1 M. bez., pr. Mai-Juni 53,2—53,1 M. bez., pr. Juni-Juli 53,3—53,1 M. bez., pr. Juli-August 54,3—54,1 M. bez., pr. August-September 55,3—55,1 M. bez., pr. September-October — M. bez. — Gefündigt — Liter. Rindungspreis — M.

Breslau, 19. Mai, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei stärkerem Angebot, Preise zum Theil niedriger.

Weizen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. schleischer weißer 15,60 bis 17,40 — 19,60 Mark, gelber 15,60 — 16,80 — 18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur billiger verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 14,10 bis 15—15,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, vernachlässigt, per 100 Kilogr. 12—13,50 Mark, weiße 13,80 bis 14,80 Mark.

Hafer schwach preishaltend, per 100 Kilogr. 14,20—15 bis 16,60 Mark, feinstes über Notiz.

Mais niedriger, per 100 Kilogr. 12,50—13,30 Mark.

Erbsen wenig beachtet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 21—21,75—23,50 Mark.

Lupinen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 16—17 Mark, blaue 15,50—16,50 Mark.

Widen wenig offerirt, per 100 Kilogr. 19—20—22 Mark.

Schlaglein preishaltend.

Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Keinfaat ... 26 25 24 75 22 50

Wintererbsen ... 25 50 24 50 23 40

Wintererbsen ... 25 24 10 23 60

Sommerrüben ... 24 75 23 25 22 50

Leindotter ... 23 75 22 25 21 75

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8,20—8,40 Mark.

Leintuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 11—11,40 Mark.

Kleejamen ohne Umjab, rother pr. 50 Kilogr. 48—52—55 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Lohnthee matter, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Mehl in matter Haltung, pr. 100 Kilogramm Weizen fein 25,50—26,50 Mark, Roggen fein 24,50—25,50 Mark, Hausbrot 22,50—23,50 Mark, Roggen-Zuttermehl 11,50—12,20 Mark, Weizenkleie 9—9,20 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

	Mat. 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330 $\frac{1}{2}$, 62	329 $\frac{1}{2}$, 19	328 $\frac{1}{2}$, 83	
Luftwärme	+ 16 $\frac{1}{2}$	+ 11 $\frac{1}{8}$	+ 13 $\frac{1}{2}$	
Dunstdruck	2 $\frac{1}{2}$, 52	4 $\frac{1}{2}$, 25	4 $\frac{1}{2}$, 68	
Dunstfättigung	33 pCt.	77 pCt.	76 pCt.	
Wind	SE. 2	SE. 2	SE. 1	
Wetter	bezogen.	wolfig.	wolfig.	
Wärme der Oder			7 Uhr Morgens + 10 $\frac{1}{2}$.	

Breslau, 19. Mai. [Wasserstand.] D.-B. 5 M. 20 Cm. U.-B. — M. 78 Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Versailles, 18. Mai, Abends. Die National-Versammlung nahm den Gesetzesentwurf über die Abänderung des Militär-Strafgesetzbuchs an. Dufauré legte die constitutionellen Ergänzungsgesetze, die Wahl des Senats und die Beziehungen der Gewalten vor, und beantragte deren nochmalige Ueberweisung an die constitutionelle Commission. Die Nationalversammlung beschloß mit 320 gegen 301 Stimme auf Antrag Luro's (linkes Centrum) die Zurückweisung der Gesetze an die Specialcommission. Die Legitimisten und Bonapartisten stimmten mit der Linken. Der Vorsitzende der constitutionellen Commission Batbie zeigte diesem Votum gegenüber die Mandatsniederlegung der constitutionellen Commission an, welche die Wahlgesetze nicht weiter beraten werde, wogegen Laboulaye Namens der Minorität der Commission protestirte. Der Präsident der Nationalversammlung erklärte darauf, die Commission könne die Beratung des Wahlgesetzes unbeanstandet fortführen, da letzteres keinen constitutionellen Charakter habe.

Rom, 18. Mai, Abends. Die Deputirtenkammer genehmigte das definitive Budget des Ministeriums des Aeußern pro 1875. Der Minister des Aeußern beantwortete die Interpellation des Deputirten Morelli Salvatore über die Ausführung des Kammervotums betreffs der Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts und erklärte dabei: Italien habe seine Interessen mit den Friedens-Interessen verknüpft. Die Versicherungen der auswärtigen Regierungen gestatteten Italien, der Zukunft vertrauen entgegenzusetzen.

Rom, 18. Mai. Der Ministerpräsident Minghetti ist nach Benedig abgereist, um den Kronprinzen und die Kronprinzessin des deutschen Reichs zu begrüßen. Der Gesetzesentwurf betreffs der Conventionen mit den Eisenbahn-Gesellschaften wird in der Deputirtenkammer in den ersten Tagen des Juni zur Verhandlung kommen.

San Sebastian, 18. Mai. Die in Ordo eingeleiteten Verhandlungen mit 2 carlistischen Bataillonen von Guipuzcoa haben zu keinem Resultat geführt und sind die Feindseligkeiten wieder aufgenommen worden.

Bukarest, 18. Mai. Der auch mit der Würde eines Präsidenten des Senats beehrte Metropolit und Primas von Rumänien, Niphon, ist gestern Nachmittag gestorben.

Konstantinopel, 18. Mai. Nach Meldung aus Scutari sind die in der Podgorizza-Affaire gefällten 2 Todesurtheile vorgestern vollzogen worden; 6 Angeklagte, welche zu Zwangsarbeit verurtheilt worden waren, sind hierher gebracht worden.

Peshawar (Pundjab), 17. Mai. Durch ein über 60 Stunden anhaltendes Feuer ist der fünfte Theil der ganzen Stadt in Asche gelegt worden, gegen 15,000 Menschen befinden sich ohne Obdach.

Friedens nicht zu fürchten, da die Parteilichigkeiten im Innern noch zu leidenschaftlich wären, um einen Krieg opportun erscheinen zu lassen. Ein Antrag auf Entlassung würde aber vor der Hand noch nicht gestellt werden.

Berliner Börse vom 18. Mai 1875.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterdam 100 Fl. 8 T. 3/4	175,30 bz	Divid. pro 1873	1874 Zf.
do. do. 2 M. 3/4	174,10 bz	Aach.-Mastricht	1 1/2
Augsburg 100 Fl. 2 M. 4	—	Berg.-Märkische	3
Frankf. a. M. 100 Fl. 2 M. 4	—	Berlin-Anhalt	16
Leipzig 100 Thlr. 2 M. 4	—	do. Dresden	5
London 1 Lat. 3 M. 3/4	20,44 bz	Berlin-Görlitz	3
Paris 100 Frs. 8 T. 4	81,80 bz	Berlin-Hamburg	10
Petersburg 100 Rub. 3 M. 5/4	279,00 bz	Berlin-Nordbahn	5
Warschau 100 Rub. 8 T. 5/4	281,80 bz	Berlin-Post-Magd.	4
Wien 100 Fl. 8 T. 4	183,10 bz	Berlin-Stettin	10
do. do. 2 M. 4	181,95 bz	Böhm. Westbahn	5
		Breslau-Freib.	3
		do. neue	5
		Cöln-Minden	3 1/2
		do. neue	5
		Cuxhav. Eisenb.	6
		Dux-Bodenbach	0
		Gal.-Carl-Ludw.-B.	8,67
		Halle-Sorau-Gub.	0
		Hannover-Altenb.	0
		Kaschau-Oderberg	5
		Kronpr.-Rudolphb.	5
		Ludwigsh.-Böxb.	9
		Märkisch-Posen	9
		Magdeb.-Halberst.	4
		Magdeb.-Leipzig	14
		do. Lit. B.	4
		Mainz-Ludwigsh.	9
		Niederschl.-Märk.	4
		Oberschl. A. C. D.	13
		do. B. ...	13
		do. E. ...	13
		Oest.-Fr.-St.	10
		Oest.-Nordwestb.	5
		Oest.-Süd.-St.-B.	3
		Oestpr.-Süd.	6
		Rechte O.-U.-Bahn	6
		Reichensberg-Parq.	4
		Rheinische	9
		Rhein-Nahe-Bahn	0
		Rumän. Eisenbahn	5
		Schwab.-Westbahn	19
		Stargard-Posen	4
		Thüringer	7
		Wareschau-Wien	11

Fonds- und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe	—
Staats-Anl. 4 $\frac{1}{2}$ pCt. 4 $\frac{1}{2}$	105,70 bz
do. consolid. 4 $\frac{1}{2}$	95,50 bz
Staats-Schuldscheine	—
Präm.-Anleihe v. 1859	131,00 B
Berliner Stadt-Oblig.	102,50 B
Berliner ...	181,20 B
Pommersche ...	86,50 B
Posenische ...	94,60 B
Schlesische ...	86,25 B
Kur-u. Neumärk.	98,00 G
Pommersche ...	97,25 G
Posenische ...	96,75 G
Preussische ...	97,25 B
Westfäl. u. Rhein.	98,00 B
Sächsische ...	98,16 G
Schlesische ...	97,00 G
Badische Präm.-Anl.	118,20 G
Bairische 4 $\frac{1}{2}$ Anleihe	118,25 G
Cöln-Mind.-Präm.-Anl.	107,90 B

Kurz. 40 Thlr.-Loose		Fremd.-Bkn.	
238,25 bz	99,75 G	Est. Bkn. 183,80 B	do. Silbergrd. —
35 Fl.-Loose 128,00 G	do. 1/2-Guld. 187 G	Imperialen 163,35 bz	Russ.-Bkn. 281,80 B
Braunsch. Präm.-Anleihe 73,75 bz	do. Gold. 187 G	Oldenburger Loose 132,00 G	

Lousid. — d. —		Fremd.-Bkn.	
Ducaten 9,64 G	Est. Bkn. 183,80 B	do. Silbergrd. —	do. 1/2-Guld. 187 G
Sover. —	do. Silbergrd. —	Napoleonens 163,35 bz	Russ.-Bkn. 281,80 B
Imperialen 163,35 bz	do. 1/2-Guld. 187 G	Sollars 4,20 G	

Hypothek-Certificat.	
Krupp'sche Partial Obl.	102,50 B
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	100,50 B
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfd.	95,75 G
Kindbr. Cent.-Bod.-Cr.	100,40 B
Unkünd. do. (1872)	103,00 B
do. rückbz. a 110	107,40 B
do. do. do. 4 $\frac{1}{2}$	101,30 B
Unk. H. d. Pr. Bod.-Cr.	103 G
do. III. Em. do.	101 BzG
Kindbr. Hyp.-Schuld. do.	99,90 Bz
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	101,50 Bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	105,50 Bz
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	111,00 Bz
do. do. II. Em.	107,75 Bz
do. 5 $\frac{1}{2}$ pCt. rückbr. m. 118	103,75 Bz
do. 4 $\frac{1}{2}$ pCt. do. m. 110	98,75 Bz
Meininger Präm.-Pfd.	103,20 B
Oest. Silberpfdbrief.	53,25 Bz
do. Hyp. Ord.-Pfd.	60,25 G
Pfäb. d. Oest.-Bd.-Cr.-G.	88,90 BzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	100,50 G
do. do.	95,60 G
Südd. Bod.-Cr.-Pfdbr.	102,50 G
Wiener Silberpfdbr.	53,00 Bz

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente	41 $\frac{1}{2}$ 68,60 Bz
do. Papierrente	41 $\frac{1}{2}$ 64,60 Bz
do. 5 $\frac{1}{2}$ Präm.-Anl.	4 112,90 Bz
do. 4 $\frac{1}{2}$ Präm.-Anl.	4 117,30 BzG
do. Lott.-Anl. v. 60	4 354,30 Bz
do. Credit-Loose	— 305,30 G
do. 6 $\frac{1}{2}$ Präm.-Anl. v. 64	5 182,00 G
Bass. Präm.-Anl. v. 64	5 176,50 Bz
do. Bod.-Cr.-Pfdbr.	5 91,70 Bz
Eils.-Pol. Schatz.-Obl.	4 88,40 G
Poln. Pfandbr. III. Em.	4 83,90 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4 70,50 Bz
amerik. rückz. p. 1881	6 104,40 Bz
do. do. p. 1885	6 99,30 Bz
do. 5 $\frac{1}{2}$ Anleihe	5 104 Bz
Franszösische Rente	5 104 Bz
Ital. neue 5 $\frac{1}{2}$ Anleihe	5 71,90-72,20 Bz
Ital. Tabak-Oblig.	6 100,00 Bz
Naab-Graser 100 Thlr.	4 83,50 G
Türkische Anleihe	8 105,90 Bz
Ung. 5 $\frac{1}{2}$ St.-Eisenb.-Anl.	5 76,25 Bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	— 39,25 G
Finnische 10 Thlr.-Loose	— 39,25 G
Türken-Loose	101,50 Bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg.-Märk. Serie II.	4 100,50 B
do. III. v. St. 3 $\frac{1}{2}$	4 84,00 Bz
do. do. VI.	4 98,75 G
do. Hess. Nordbahn	4 102,00 G
Berlin-Görlitz	5 102,00 G
do. do.	4 —
Breslau-Freib. Lit. D.	4 —
do. do. G.	4 —
do. do. H.	4 —
do. do. J.	4 —
Cöln-Minden	3 111,40 Bz
do. do.	4 100,00 Bz
do. do. IV.	4 92,40 G
do. do. V.	4 91,40 Bz
Halle-Sorau-Guben	5 90,00 Bz
Hannover-Altenbeken	4 101,00 G
Märkisch-Posen	5 96,25 Bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4 96,25 Bz
do. do. II. Ser.	4 95,00 G
do. do. Obl. Lit. II.	4 95,00 G
do. do. III. Ser.	4 95,00 G
Oberschl. A. ...	4 —
do. B. ...	3 1/2 —
do. C. ...	4 —
do. D. ...	4 —
do. E. ...	3 1/2 85 B
do. F. ...	4 105,50 B
do. G. ...	4 —
do. H. ...	4 101,70 Bz
do. I. ...	5 103,90 Bz
do. von 1873.	4 92,50 Bz
do. von 1874.	4 96,30 Bz
do. Brieg-Niesitz	4 93,50 G
do. Cosel-Oderb.	4 104,20 Bz
do. Stargard-Posen	4 —
do. do. II. Em.	4 99,50 Bz
do. do. III. Em.	4 99,50 Bz
do. Nürschl. Zwgb.	5 103,30 Bz
Ostpr.-Süd.	5 103,30 Bz
Schles. Eisenbahn	4 103,75 Bz
Chemnitz-Komotau	5 54,90 Bz
Dux-Bodenbach	5 71,50 Gz
do. II. Emission.	5 58,50 Bz
Prag-Dux	fr. 35,40 BzG
Gal.-Carl-Ludw.-Bahn.	5 93,10 Gz
do. do. neue	5 92,25 Gz
Kaschau-Oderberg	5 76,00 Bz
Ung. Nordostbahn	5 64,60 Bz
Ung. Ostbahn	5 61,25 Bz
Lemberg-Czernowitz	5 72,70 BzG
do. do. III.	5 76,80 Bz
do. do. II.	5 70,00 Gz
Mährische Grenzbahn	fr. 69,75 Bz
Mähr.-Schl. Centralbahn	fr. 25,40 Gz
do. do. neue	fr. —
Kronpr. Rudolph-Bahn	5 81,60 BzG
Oesterr.-Franszösische	3 322,25 Bz
do. do. neue	3 316,00 Bz
do. süd. Staatsbahn	3 253,00 Bz
do. neue	3 253,00 Bz
do. Obligationen	5 87,80 Gz
Warschau-Wien	5 100 Gz
do. III.	5 99,00 Bz
do. IV.	5 99,00 Bz

Bank-Papier.	
Anglo-Deutsche Bk.	0 47 Bz
Allg. Deut. Hand.-G.	0 47 Bz
Berl. Bankverein	6 1/2 47 Bz
Berl. Kassen-Ver.	20 19 1/2 249 G
Berl. Handels-Ges.	6 1/2 7 1/2 116,75 G
do. Prod.-u. Hdl.-B.	3 10 1/2 89,50 G
Braunsch. Bank	9 7 1/2 101,10 BzG
Bresl. Disc.-Bank	2 1/2 4 79,90 Bz
do. Hand.-Entrp.	0 0 68 G
Bresl. Maklerbank	0 0 74 G
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	0 0 84 Bz
Bresl. Wechselb.	0 0 73,75 Bz
Centralb. Ind. u. H.	4 4 73,60 BzG
Coburg. Cred.-Bk.	4 4 74 G
Danziger Priv.-Bk.	7 1/2 6 115,25 G
Darmst. Creditb.	10 10 134,50 G
Darmst. Zettelb.	7 1/2 6 103,25 G
Deutsche Bank	4 5 83,90 Bz
do. Hyp.-B. Berlin	5 7 1/2 94,70 Bz
Deutsche Unionb.	1 3 4 72,50 Bz
Disc.-Com.-A.	14 12 163,90 Bz
Genossensch.-Bk.	3 6 101 G
do. junge	0 0 95 G
Gw. Schuster u. Co.	0 0 85,50 Bz
Goth. Grundcred.-B.	0 0 112,50 Bz
Hamb. Vereins-B.	10 11 124 Bz
Hannov. Bank	7 1/2 6 102,60 BzG
do. Disc.-Bk.	0 0 79 G
Hessische Bank	0 0 68 Bz
Königsb.	0 0 87 G
Ludw. B. Kwielicke	0 0 66 Bz
Leip. Cred.-Anst.	0 0 135,50 G
Luxemburg. Bank	8 1/2 9 115,25 Bz
Magdeburger do.	0 0 109 Bz
Meininger do.	6 1/2 4 85,25 Bz
Moldauer Lde.-Bk.	0 0 54 BzG
Nordb. Bank	10 1/2 10 142,75 Bz
Nordb. Grundbr.-B.	7 1/2 9 102,90 Bz
Oberlausitzer Bk.	0 0 88 BzG
Oest.-Cred.-Actien	5 6 425,50-26 Bz
Ostdeutsche Bank	6 6 80,50 G
Ostf.-Prod.-Bk.	0 0 —
Posener-Priv.-Bank	7 1/2 6 100,40 G
Pr.-Bod.-Cr.-Act.	20 1 3/4 4 153,50 Bz
Pr.-Cent.-Bod.-Cr.	9 1/2 4 100,10 Bz
Sächs. 6 $\frac{1}{2}$ pCt. L. S.	12 10 118 G
Sachs. Cred.-Bank	0 0 84,25 Bz
Schl. Bank-Ver.	6 6 101,60 Bz
Schl. Centralbank	8 2 4 —
Schl. Vereinsbank	7 7 90,25 G
Thüringer Bank	8 8 87,75 Bz
Weimar. Bank	5 5 86 Bz
Wiener Unionb.	0 0 197 G

Industrie-Papier.	
Baugess. Plessner	0 0 1,10 Bz
Berlin-Eisenb.-Bd.A.	6 7 1/2 144 Bz
D. Eisenbahn-G.	0 0 27 BzG
do. Reichs-u. O.-E.	8 — 79,50 Bz